Nicole Knuth

Dokumentation und Auswertung der Beteiligungswerkstatt mit Eltern und Fachkräften

im Rahmen der Initiative „Zukunftsforum Heimerziehung“

Wissenschaftliche Dokumentation

Impressum

Zukunftsforum Heimerziehung -
Bundesweite Initiative zur
Weiterentwicklung der Heimerziehung

Internationale Gesellschaft
für erzieherische Hilfen
Galvanistraße 30
60486 Frankfurt am Main

Gefördert vom:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Telefon: 069/ 633986-0 | Telefax: 069/ 633986-25
E-Mail: verlag@igfh.de | Internet: www.igfh.de
© IGfH-Eigenverlag, Frankfurt am Main, 2020
Cover Grafik: ©pict_rider_AdobeStock_187755290
Satz: Marina Groth

ISBN 978-3-947704-06-4

Inhalt

1 Einleitung 5

2 Zum methodischen Vorgehen 7

3 Darstellung der Ergebnisse der Beteiligungswerkstatt 9

3.1 Gruppendiskussion mit Eltern 9

3.2 Gruppendiskussion mit Fachkräften 15

3.3 Workshop mit Eltern und Fachkräften und die Entwicklung eines Forderungskatalogs 20

4 Einordnung und Auswertung der Ergebnisse 26

4.1 Auswertung der Gruppendiskussionen im Spiegel der Herkunftsfamilienforschung 26

4.2 Forderungen der Werkstatt und Konsequenzen für die sozialpädagogische Praxis 32

5 Fazit: Erste Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Heimerziehung 36

6 Literatur 39

7 Anhang 43

1 Einleitung

Die Beteiligungswerkstatt mit Eltern und Fachkräften aus der Heimerziehung ist Teil der Initiative „Zukunftsforum Heimerziehung“ (gefördert durch BMFSFJ) und wird durch die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) organisiert und moderiert.

Ziel dieser Initiative ist es, zentrale Entwicklungsbedarfe und Strukturmerkmale gelingender Heimerziehung herauszuarbeiten und öffentlich zu diskutieren, um so eine Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund werden durch das Projekt Diskussionspapiere und fachliche Positionierungen erarbeitet, die in einen breiteren öffentlichen Diskurs eingebracht werden. Für die Entwicklung dieser Positionen werden verschiedene Formate wie (Beteiligungs-) Werkstätten, Expert*innengespräche sowie Expertisen angefertigt, in denen die Einschätzungen und Positionen diskutiert und vertieft werden.

Bei den Beteiligungswerkstätten handelt es sich um Formate, bei denen Adressat*innen und Fachkräfte in der Heimerziehung an der Bearbeitung von Fragen und Themen zur Weiterentwicklung der Heimerziehung beteiligt werden sollen. Die Beteiligungswerkstätten wurden als kooperative und konstruktive Foren angelegt, in denen die Teilnehmer*innen sich zu verschiedenen Positionen und Themen zur Weiterentwicklung der Heimerziehung austauschen können. Von zentraler Bedeutung waren hierbei nicht das fachliche Wissen, sondern die jeweiligen Perspektiven auf die Heimerziehung.

Die folgende Dokumentation und Auswertung bezieht sich auf die Beteiligungswerkstatt mit Eltern und Fachkräften aus unterschiedlichen Einrichtungen der Heimerziehung, die am 8.-9. November 2019 in Duisburg stattfand. Zu dieser Beteiligungswerkstatt wurden Eltern und Fachkräfte eingeladen, um sowohl in getrennten als auch in gemeinsamen Formaten über Themen von Eltern in der Heimerziehung zu diskutieren und Positionen herauszuarbeiten. Ziel war es, die Perspektive der Mütter und Väter selbst sowie die Wahrnehmung derer durch die Fachkräfte einzufangen und in Form von konkreten Forderungen zusammenzufassen. Ein Ergebnisprotokoll der Werkstatt ist der Dokumentation beigefügt (s. Anlage 1).

Die Fokussierung auf die Perspektive der Eltern als Adressat*innen der Heimerziehung steht im Folgenden im Vordergrund der Auswertung. Dieses darf nicht dazu führen, andere Perspektiven (z.B. die der Kinder und Jugendlichen) aus dem Blick zu verlieren. Im Rahmen des Zukunftsforums „Heimerziehung“ werden deshalb Perspektiven unterschiedlicher Adressat*innen der Heimerziehung einbezogen. Diese gilt es, im weiteren Projektverlauf aufeinander zu beziehen und gemeinsam zu diskutieren.

Die Dokumentation wird zunächst das methodische Vorgehen der Beteiligungswerkstatt erläutern und die mögliche wissenschaftliche Einordung darlegen (Kapitel 2). Anschließend werden die zentralen Ergebnisse der unterschiedlichen Bausteine der Werkstatt zusammengefasst (Kapitel 3).

In Kapitel 4 werden die im Rahmen der Werkstatt identifizierten zentralen Herausforderungen und Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Heimerziehung vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstands diskutiert und schließlich für den weiteren Projektverlauf des Zukunftsforums bilanziert (Kapitel 5).

2 Zum methodischen Vorgehen

Lange Zeit war die Sicht der Adressat*innen sowohl für die Praxisweiterentwicklung als auch für die Forschung der Heimerziehung eher unterrepräsentiert (vgl. Oelerich/Schaarschuch 2006: 185f.). In Bezug auf Eltern als Adressat*innen der Erziehungshilfen kommt Wilde (2014: 70) sogar zu dem Schluss: „In Bezug auf ihr Erleben der Fremdunterbringung ihrer Kinder sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse noch sehr dürftig und die Erlebensperspektive wird größtenteils übergangen oder nur randständig erwähnt". Aktuell wird zunehmend die Notwendigkeit gesehen, diese Forschungslücken zu schließen und der Elternperspektive eine zentrale Bedeutung für die Weiterentwicklung der Praxis stationärer Erziehungshilfen zugeschrieben. Als Begründungen werden die vielfältigen und häufig langjährigen Erfahrungen der Eltern mit der Jugendhilfe angeführt (vgl. Gies u.a. 2016: 26), die helfen können, Impulse für die Weiterentwicklung der Praxis zu generieren. Hinzu kommt, dass durch die Sichtbarmachung der Adressat*innenperspektive Verstehensprozesse angeregt werden können, die auch für Organisationsentwicklungsprozesse von zentraler Bedeutung sind (vgl. z.B. Ackermann/Robin 2017).

Vor diesem Hintergrund wurde die vorliegende Werkstatt so konzipiert, dass zunächst subjektive Wahrnehmungen der Heimerziehung von Eltern und der Fachkräfte thematisiert werden sollten. Die Methode der Gruppendiskussionen (s.u.) wurde genutzt, um diese subjektiv erlebten Erfahrungen darzustellen und zu diskutieren. Anschließend arbeitete die Werkstatt mit Hilfe dialogischer Methoden (s.u.), um Spannungsfelder, offene Fragen sowie Reformbedarfe weiter zu konkretisieren und konkrete Forderungen an die Heimerziehung herauszuarbeiten.

Gruppendiskussionen

Im Rahmen der Beteiligungswerkstatt wurden zwei nach Lamnek (2005) beschriebene „ermittelnde" Gruppendiskussionen durchgeführt. Diese Form der Gruppendiskussion zielt auf die Ermittlung der Meinungen, Einstellungen und Begründungen einzelner Teilnehmer*innen in der Gruppensituation ab. Gleichzeitig werden aber auch überindividuelle, also die Meinungen, Einstellungen und Begründungsmuster der ganzen Gruppe deutlich und können in ihrer gruppenprozessualen Entstehung nachvollzogen werden (vgl. Lamnek 2005: 31ff.).

Es wurde jeweils eine Gruppendiskussion mit den teilnehmenden Eltern der Werkstatt und eine mit den teilnehmenden Fachkräften durchgeführt. Beide Diskussionen dauerten etwa eine Stunde.

Die Diskussionen starteten mit einem offenen Gesprächstimulus, der den Eltern bzw. den Fachkräften ermöglichen sollte, ihre eigenen Erfahrungen in der Heimerziehung (Eltern) bzw. die Erfahrungen mit Eltern in der Heimerziehung zu diskutieren. Anschließend wurden in beiden Gruppen explorative Leitfragen gestellt, die sich auf die im Projekt bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten Diskussionsthesen bezogen (z.B. Möglichkeiten der Beteiligung von Eltern, Beginn der Heimunterbringung, Bildungsmöglichkeiten in der Heimerziehung).

Das transkribierte Material wurde inhaltsanalytisch ausgewertet und kategorisiert (vgl. z.B. Mayring 2015). Dabei wurde nach den Vorgaben einer strukturierenden Inhaltsanalyse gearbeitet, die sich durch eine genaue Formulierung von Definitionen durch den Ausweis typischer Textpassagen (sogenannter Ankerbeispiele) und die Formulierung von Kodierregeln zu einem Kodierleitfaden auszeichnet, der wiederum die Strukturierungsarbeit des Textes formt (vgl. Mayring 2000: 473). Die dementsprechende Kodierung wurde mit der Software MAXqda vorgenommen.

Kapitel 3 umfasst eine thesenartige Bündelung der Ergebnisse, die Anhaltspunkte zur subjektiven Wahrnehmung von Eltern und Fachkräften von Heimerziehung in Bezug auf eigene Erfahrungen in der Rolle als Eltern bzw. bezüglich Erfahrungen mit Eltern liefern. Die Auswertung der Ergebnisse (s. Kapitel 4) hat einen explorativen Charakter und soll anregen, weitere vertiefende Studien zu Einzelaspekten durchzuführen. Dennoch kann sie genutzt werden, um eine Reihe im weiteren Verlauf der Werkstatt entwickelter Forderungen einzuordnen, zu erklären und diesen weiteren Nachdruck zu verleihen.

Dialogisches Erarbeiten von Forderungen zur Weiterentwicklung der Heimerziehung

In Anlehnung an verschiedene dialogische Methoden wie die Zukunftswerkstatt (Burow 2008), Open-Space (Owen 2008) und World-Café (Steier u.a. 2008) wurde die Beteiligungswerkstatt so konzipiert, dass Eltern und Fachkräfte angeregt werden sollten, außerhalb gewohnter Alltags- und Rollenroutinen einen möglichst vertrauensvollen Dialog auf Augenhöhe zu führen. Sie setzen sich gemeinsam mit ersten Ergebnissen aus den Gruppendiskussionen auseinander und generierten neue Erkenntnisse z.B. durch methodisch angeleitete Perspektivwechsel (u.a. mit Hilfe von Rollenspielen).

Durch die Strukturierung der Werkstatt in eine Bestandsaufnahme der Heimerziehung, eine Kritikphase und schließlich eine Entwicklungsphase zur Heimerziehung konnte mit Blick auf einen breiten Fundus an erarbeiteten Erfahrungen, Beobachtungen und Erkenntnissen ein Forderungskatalog zusammengestellt werden.

3 Darstellung der Ergebnisse der Beteiligungswerkstatt

3.1 Gruppendiskussion mit Eltern

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Gruppendiskussion der Eltern vorgestellt, indem diese als Thesen zusammengefasst werden. Die Thesen werden jeweils mit Ankerbeispielen aus der Gruppendiskussion illustriert und in den Gesamtkontext der Diskussion eingeordnet (s. auch Kapitel 2).

Heimerziehung wird besonders in der Anfangszeit von Eltern als Krise erlebt.

„Am Anfang ging es mir auch so. Ich fand das furchtbar. Wir sind normal fünf in einer Familie. Wir haben noch zwei kleinere Kinder gehabt und es war ganz schrecklich, dass auf einmal nur noch für vier Mann gedeckt wurde und dann saß man da alleine. Kriege ich jetzt schon wieder Pipi in den Augen, weil das einfach so schlimm ist. Die Familie wurde auseinander gerissen und diese ganze Umstellung war schwer“ (In.: Gr. 1; 435-439).[1]

Die Eltern beschreiben besonders die Aufnahmesituation des Kindes in die Heimerziehung als emotional belastend. Die Trennung von dem Kind ist häufig mit großer Trauer verbunden. Familiäre Routinen ändern sich schlagartig und erfordern erhebliche Anpassungsleistungen im Alltag von Eltern, die sie meist ohne Unterstützung bewältigen müssen.

Heimerziehung wird von den Eltern mit dem Verlust ihres Kindes verbunden, den sie als besonders krisenhaft empfinden, wenn ihnen keine Handlungsoptionen eingeräumt wurden, wie im Fall dieser Familie: „Der Luka kam erst in eine Auffangstation, sag ich mal. Und das fanden wir ganz furchtbar, weil in dem Moment hatten wir halt erstmal kein Sagen mehr, weil das eine Inobhutnahme dann erstmal war, weil Luka von sich aus ja weggelaufen ist. Und diese Einrichtung da fand ich gruselig, weil da ist er mit Drogen in Kontakt gekommen. […] Und wir hätten am liebsten das direkt nach zwei Tagen rückgängig gemacht und ihn zurückgeholt, aber wir konnten nicht. Uns waren die Hände gebunden“ (In.: Gr. 1; 276-283).

Trotz der schweren Anfangszeit der Unterbringung und der Krise, die im Rahmen der Gruppendiskussion von vielen Eltern immer wieder angedeutet wird (und weiterhin emotional belastet), wird die Heimerziehung als eine „gute“ Lösung eingeschätzt: „Ich bin auch froh, dass sie dort untergebracht ist“ (In.: Gr. 1; 58-59) bzw. resümiert: „Gut, ich hätte sie lieber bei mir, wer will das nicht? Aber wenn es ihr da besser geht. Klar, mache ich das auch mal mit“ (In.: Gr. 1; 401-402).

[1] Die Angaben beziehen sich auf die Nummern des Interviews (hier: Gr. 1 für Gruppendiskussion eins) sowie die Zeilen, denen das Zitat entstammt (hier: Zeilen 435-439). Alle Namen und Orte wurden vollständig anonymisiert. Alle Anmerkungen in den Interviews entstammen der Verfasserin.

Wohngruppen werden von Eltern positiv beschrieben, wenn sie den Eindruck haben, dass es ihren Kindern dort gut geht und sie Kontakt zu ihren Kindern halten können.

Die Wohngruppen, in denen ihre Kinder leben, werden von den Eltern fast ausschließlich positiv beschrieben: „Ich kann nur sagen, wie toll die Wohngruppe ist“ (In.: Gr. 1; 76). Gefühle der Erleichterung und der Dankbarkeit gegenüber dem Personal und der Einrichtung prägen die Beschreibung der Wohngruppen: „Für mich ist nicht alles so gut gegangen und ich bin auch froh, dass sie dort untergebracht ist“ (In.: Gr. 1; 58-59); „Also ich kann Gott danken, dass mein Sohn dahin gekommen ist“ (In.: Gr. 1; 37).

Als eine Begründung für diese positive Einschätzung der Wohngruppe führen die Eltern u.a. das Wohlergehen ihrer Kinder an: „Dann haben wir halt gemerkt, der Luka fühlt sich da wohl. Der wollte unbedingt dahin“ (In.: Gr. 1; 284-285). Gekoppelt wird das Wohlergehen der Kinder z.B. daran, dass es eine dauerhafte Bezugsbetreuung gibt, die Gruppengröße eher klein und familiär ist und die Kinder sich frei entfalten können.

Subjektiv bedeutsam ist für die Eltern auch, dass sie Kontakt zu ihren Kindern halten können und die Fachkräfte der Heimerziehung sie dabei unterstützen: „Der Kontakt ist immer aufrechtgeblieben, auch wo ich getrunken hab und wo ich in Krankenhäusern war, hat die Wohngruppe mir immer ermöglicht mit meinem Kind zu sprechen. Und mein Kind wollte das auch. Und da bin ich richtig glücklich und stolz drauf. Also nicht stolz, dass ich getrunken habe, sondern dass der Kontakt so ist“ (In.: Gr. 1; 88-91). Die Eltern machen deutlich, wie wichtig ihnen Besuchskontakte und die (relative) Nähe zur Einrichtung sind. Eltern nehmen aber auch lange Fahrtwege in Kauf (auch wenn diese mit Schwierigkeiten verbunden sind), um ihre Kinder zu besuchen. Andere erwägen sogar näher an die Einrichtung zu ziehen, um Besuchskontakte einfacher zu gestalten.

Eltern nehmen einen deutlichen Unterschied zwischen ihren eigenen Möglichkeiten, die sie ihren Kindern bieten können, und denen der Wohngruppe wahr. Betont wird z.B., dass die Wohngruppen den Kindern mehr Freizeitunternehmungen ermöglichen, als sie es selbst (auch finanziell gesehen) könnten: „Ich kann es mir nicht wirklich leisten, mal eben so einen Tag auf dem Bauernhof. Oder für eine Reitstunde oder so was“ (In.: Gr. 1; 50-51). Auch die Unterstützung in Schulangelegenheiten durch die Wohngruppe wird als wertvoll eingeschätzt und außerhalb der eigenen Möglichkeiten beschrieben: „Das könnte man selber gar nicht, was die mit den Kindern machen und unterrichtsmäßig und ja. Also ich kann nur sagen, Gott sei Dank, dass es solche Einrichtungen gibt“ (In.: Gr. 1; 77-79).

Dankbarkeit gegenüber dem Personal und der Einrichtung lässt Eltern nur zögerlich Wünsche nach Veränderungsmöglichkeiten äußern. So wird ihre Wahrnehmung eines Personalmangels in manchen Wohngruppen entschuldigt und der Wunsch nach mehr Personal eher defensiv genannt: „Was ich halt schade finde, also bei uns in der Gruppe war es leider so, dass da halt krankheitsbedingt auch immer, im Grunde unterbesetzt war und trotz allem es hat immer super geklappt, aber ich würde mir für die Menschen, die da arbeiten, wünschen, dass die vielleicht noch ein bisschen mehr Personal bekommen“ (In.: Gr. 1; 483-486). Die Einstellung gegenüber der Personalfluktuation wird

dagegen deutlicher angesprochen: „Ich finde, dass das Personal bleiben soll und nicht andauernd ein Wechsel, weil die Kinder machen zu Hause schon genug mit. Wenn da Leute immer wechseln, das finde ich grausam. Finde ich ganz schlimm auch für die Kinder“ (In.: Gr. 1; 214-216).

Eltern erleben den Beginn der Heimerziehung fremdgesteuert, ohne die Möglichkeit ihr Wunsch- und Wahlrecht auszuüben. Eltern sehen kaum Möglichkeiten sich zur Wehr zu setzen, wenn sie erleben, dass Beteiligungsrechte nicht eingehalten werden.

Aus Sicht der meisten Eltern hat fast immer das Jugendamt eigenständig die Entscheidung über die Unterbringung ihrer Kinder getroffen und auch die Einrichtung bestimmt. Keiner der Eltern kann von einer Auswahlmöglichkeit berichten: „Also die Auswahl hatten wir ehrlich gesagt auch nicht. Wir mussten ewig drauf warten, bis irgendwelche Vorschläge kamen, dann kam erstmal ein Vorschlag Stadt G. Das war für uns erstmal so ‚Oh Gott, so weit weg?‘ und dann wurde das aber wieder überworfen und dann hieß es ‚Nein, wir haben hier genau die richtige Einrichtung für Sie‘“ (In.: Gr. 1; 613-616). Hilfreich war für die Eltern, dass es in den meisten Einrichtungen die Möglichkeit gab, sich die Einrichtung (z.T. mit den Kindern) anzusehen und manchmal für Kinder die Möglichkeit bestand, eine Nacht dort probeweise zu schlafen, um selbst einen ersten Eindruck zu bekommen und die Wünsche des Kindes berücksichtigen zu können (s.o.).

Die Eltern erleben in den Einrichtungen vor allem Beteiligungsmöglichkeiten, die sich auf den unmittelbaren Lebensbereich ihres Kindes beziehen (z.B. bei Arztbesuchen, Schulterminen etc.). Sie beschreiben es als wertschätzend, dass Informationen an sie weitergegeben werden: „Das war jetzt auch mit der Schule so mit Laura. Konnte ich auch machen. Welche Schule sie besucht und so. Das war ganz gut“ (In.: Gr. 1; 448-449).

Allerdings äußern Eltern, dass sie sich auch andere Formen der Beteiligung vorstellen können, zum Beispiel solche, die eine Beteiligung im Alltag ermöglichen, für die Fachkräfte aber aus Elternsicht zu wenig Zeitressourcen haben: B7: „Weil ich könnte mir auch vorstellen, dass die auch viel mehr Möglichkeiten hätten noch mehr Dinge zu machen oder auch mit Eltern mehr zusammen zu machen, wenn sie die Zeit dazu hätten. Aber die werden schon so von dem Verwaltungskram so aufgefressen, das also das ist wirklich, das ist eigentlich sehr, sehr schade.“ B1: „Ja genau.“ B7: „Weil ich hätte zum Beispiel gern auch am Wochenende einfach mal mit den Kindern gebacken oder so was gemacht oder. Aber dann platze ich da in so einen strukturierten Tagesablauf rein, will ich eigentlich auch gar nicht. Ich weiß, dass es auf der einen Seite vielleicht entlastend wäre, aber es ist halt wieder so ein Projekt noch on top. Wozu eigentlich keine Zeit da ist“ (In.: Gr. 1; 488-497).

Die Möglichkeiten, inwieweit Eltern sich auch kritisch einbringen können, werden von ihnen kontrovers diskutiert. Sie sind sich weitgehend einig, dass die Gefahr besteht, ein Widerstand ihrerseits könnte sich negativ auf das Kind auswirken: I: „Warum traut man sich nichts zu sagen?“ B6: „Ja, dass das Kind hinterher…“ B3: „Schlechter behandelt wird als die anderen Kinder und ich hab da teilweise auch Sachen erlebt, also es ist echt schlimm. Muss man nicht unbedingt haben. Man traut sich dann auch nichts zu sagen“ (In.: Gr. 1; 306-310). Manche Eltern sehen keinen anderen Ausweg, als

sich den Zwängen unterzuordnen: „Ich musste dann natürlich leider nachgeben, weil das Kind mit da drin war“ (In.: Gr. 1; 316-317). Andere gehen in Opposition und setzen sich vehement zur Wehr: „Mittlerweile bin ich eine Person, die stampft halt auf den Boden und sagt entweder so oder gar nicht, weil wenn man die ganze Zeit nur die Klappe hält oder den Mund hält, sag ich jetzt mal, bringt das auch keinem was“ (In.: Gr. 1; 310-312). Fraglich ist in beiden Fällen, inwieweit vor diesem Hintergrund überhaupt eine Beteiligung auf Augenhöhe möglich ist.

Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wird von vielen Eltern als problembehaftet beschrieben. Eltern haben häufig wenig Kontinuität bei Zuständigkeitsfragen erlebt. Sie fühlen sich mitunter unverstanden und der aus ihrer Sicht machtvollen Position des Jugendamts ausgeliefert.

Fast alle Eltern haben Probleme in der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt erlebt. Viele Eltern berichten von einer hohen Anzahl von Zuständigkeitswechseln ihrer fallverantwortlichen Fachkraft im Jugendamt: „Beim Jugendamt da wechseln gern mal die Verantwortlichen. Ich habe jetzt auch in den fünf Jahren, warte mal, fünf verschiedene Frauen gehabt und die eine weiß nicht was die andere tut“ (In.: Gr. 1; 369-371). In Bezug auf die Hilfeplanung ergänzt eine andere Mutter: „Also beim Hilfeplangespräch, da habe ich, weiß ich nicht, vier Mal jemand anderes gehabt. Und dann saß da eine und die wusste eigentlich gar nichts von meiner Tochter“ (In.: Gr. 1; 353-355).

Aus Sicht der Eltern ist das Vorgehen der Fachkräfte im Jugendamt stark personenabhängig und fast alle haben Erfahrungen mit Situationen, in denen sie aus ihrer Sicht der machtvollen Position des Jugendamts gegenüberstanden. Die Eltern fühlen sich mitunter den Entscheidungen ausgeliefert, manchmal diskriminiert und stigmatisiert: „Nur die Dame, die davor war, die hat jede Kleinigkeit versucht gehabt, mich zu unterdrücken nur weil ich es, weiß ich nicht, etliche Million auf dem Konto hab oder so, weil ich Hartz IV-Empfänger bin“ (In.: Gr. 1; 373-376). Entscheidungen erscheinen in diesen Fällen eher wahllos und können nicht nachvollzogen werden: „Ja, das ist, wie sagt man immer so schön, russisch Roulette“ (In.: Gr. 1; 695).

Wenig hilfreich beschreiben Eltern das Jugendamt zudem, wenn Hilfeplangespräche nicht stattfanden, häufig verschoben wurden oder Fachkräfte schwer erreichbar waren: „Wir haben jetzt auch schon die zweite Sachbearbeiterin. Die erste, da hat, die hat, ich weiß nicht, fünf Mal unserer Hilfeplangespräch verschoben und dann haben wir ein Jahr lang gar keins gehabt. Und also es war, also diese Frau ging gar nicht. Ich weiß nicht, ob das daran liegt, dass die alle total überlastet sind und zu wenig Personen haben. Mag alles sein, aber für uns war es eigentlich unerträglich. Weil wir tausend Dinge hatten, die wir klären wollten und wir niemanden erreicht haben“ (In.: Gr. 1; 420-426).

Manchmal können Einrichtungen aus Elternsicht die empfundene Unzuverlässigkeit und Diskontinuitäten des Jugendamts kompensieren: „Gott sei Dank, kann ich auch nur sagen, war die Zusammenarbeit mit der Einrichtung so gut, dass wir nachher gesagt haben, wir brauchen dieses Gespräch gar nicht“ (In.: Gr. 1; 426-428).

Eltern erfahren Heimerziehung sowohl als Form einer Beheimatung ihrer Kinder als auch als temporäres Angebot, um Schwierigkeiten zu überwinden. Mit dem Thema Rückführungen verbinden sie neue Eingriffe in ihre Familie, denen sie eher skeptisch gegenüberstehen.

Neben der gemeinsamen Erwartung an Heimerziehung, dass es ihren Kindern dort gut gehen soll (s.o.), haben Eltern unterschiedliche Vorstellungen, wie lange ihr Kind dort leben wird. In der Gruppendiskussion wird deutlich, dass es Eltern gibt, die sich mit einer Rückführung zum jetzigen Zeitpunkt überfordert fühlen und sie die Lebensumstände in der Heimerziehung als vorteilhafter für das Kind einschätzen: „Wir hatten schon über Rückführung gesprochen, aber mein Kind ist da zwar jetzt im Moment zu Hause. Die sind sechs Kinder da. Die wohnen da zusammen. Jeder hat sein eigenes Zimmer. Und sie kommt jetzt in die Pubertät und wie gesagt, das alles geben, was die machen, das weiß ich nicht, ob ich das schaffen würde. Deswegen werde ich jetzt beim Hilfeplangespräch, das ist bald, sagen, erstmal so wie es ist, ist gut und dann gucken wir nach einem halben Jahr, wie es ist. Also ich bin auch voll zufrieden eigentlich so“ (In.: Gr. 1; 115-121).

Andere dagegen hoffen auf die Rückführung und können sich eine dauerhafte Unterbringung nicht vorstellen: „Ich meine und ja von denen [den Fachkräften in der Einrichtung] aus steht nichts im Wege, dass er nach Hause kommt. Ja, jetzt muss nur halt, wie gesagt, das Jugendamt nur mitspielen. Ich würde mich da natürlich tierisch drüber freuen. Mein großer Sohn ist, das habe ich Ihnen ja wohl schon erzählt, im Juni ausgezogen und ja dann wäre ich auch wieder nicht mehr so alleine. Und würde die letzten Jahre, wo er jetzt groß wird, Pubertät und den Rest noch richtig mitbekommen und ich würde das schön finden“ (In.: Gr. 1; 250-255).

Die Eltern gehen in der Regel davon aus, dass nach der Heimerziehung weitere Hilfen unumgänglich sind. Allerdings haben die meisten schon verschiedene Hilfsangebote und Beziehungsabbrüche zu Fachkräften erlebt. Rückführungen verbinden sie mit Bedenken, sich erneut auf andere Fachkräfte einlassen zu müssen: „Also, wenn ich ehrlich bin, wenn die jetzt zurückgeführt werden, in die Familien zurück. Dass es dann nicht irgendeine Familienhilfe ist, die sich erst einarbeiten muss. Dass das zum Beispiel dann von den Betreuern jetzt oder so irgendwie eher einer ist und dann langsam mit einer Familienhilfe dann irgendwie auseinander zu gehen“ (In.: Gr. 1; 521-524). Es besteht ein großer Konsens bezüglich der Skepsis gegenüber neuer Hilfsangebote und der Wunsch nach personeller Kontinuität, die sie mit positiven Erfahrungen der Betreuung ihrer Kinder verbinden: „Das könnte ich mir vorstellen, weil heute ist der Betreuer, ab Morgen ist es eine Familienhilfe. So. Erstens man kommt nicht mit jeder Familienhilfe klar. Dann hat die eine Meinung und so und so und ich hab, ich hab das auch schon durch. Ich hab auch fünf verschiedene Familienhilfen gekriegt gehabt. Die eine hat aufgehört, weil sie keinen Bock mehr hatte, die andere, keine Ahnung eben. Das ist leider so“ (In.: Gr. 1; 526-530).

Eltern nehmen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Ausgrenzung und Stigmatisierung wahr. Heimerziehung kann die gesellschaftliche Stigmatisierung verstärken.

Ein weiteres zentrales Thema für die Eltern ist an verschiedenen Stellen der Diskussion, dass sie in vielen gesellschaftlichen Bereichen ein großes Maß an Ausgrenzung und Diskriminierung wahrnehmen. Unterschiedliche gesellschaftliche Rollen- und Familienbilder prägen die Ansprüche an die Eltern. Sie nennen zahlreiche Beispiele aus dem Jugendhilfesystem selbst: „Gehst du nicht arbeiten, kriegst du Hartz IV, bist du in der untersten Schublade vom Jugendamt“ (In.: Gr. 1; 376-377), aber auch aus anderen Bereichen wie Schule, Jobcenter und manchmal aus ihrem gesamten gesellschaftlichen Umfeld. Die Eltern berichten, dass diese Erfahrungen dazu beitragen können, dass sich eigene Schuldgefühle vergrößern und sie sich verstärkt ausgegrenzt fühlen. Dieses steht im deutlichen Gegensatz zu ihrem Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung und ihrem Anliegen, eine Vorbildfunktion für das Kind einzunehmen: „Die Frau vom Jugendamt oder Allgemeiner Sozialer Dienst, also die war sogar eher der Meinung, dass ich doch zu Hause bleiben könnte. Es gibt ja genug staatliche Hilfen. Also ich möchte das ja selber gar nicht. Ich möchte meinem Kind ein Vorbild sein“ (In.: Gr. 1; 381-384).

Suchterkrankungen verstärken aus Sicht der Eltern Stigmatisierungen und Ausgrenzungsprozesse: B6: „Es kommt mir wirklich vor, dass sie von oben herabgucken, wo man dann zum Beispiel Alkohol erwähnt“. B3: „Ja. oder Drogen, nur weil man früher mal ein bisschen mit 20 was mit Drogen zu tun hat.“ B4: „Ja, das ist ja wie bei mir. Als Junkie abgestempelt. Ich krieg Methadon. Und wirst du als Junkie abgestempelt, kannst aber nichts dazu“ (In.: Gr. 1; 404-408). Vor diesem Hintergrund steht auch ein Anliegen einer Mutter, die sich „eine Anlaufstelle beim Jugendamt, die unvoreingenommen ist“ (In.: Gr. 1; 842) wünscht und deren Wunsch in der Gruppe auf Zustimmung stößt: „Ja, dass es irgendwie eine Stelle gibt beim Jugendamt. […] wo man hingehen kann, ohne dass man irgendwie abgestempelt wird. Das wäre gut“ (In.: Gr. 1; 732-734).

Als kontraproduktiv wird schließlich beschreiben, dass eine Kostenbeteiligung die gesamte Familie in finanzielle Nöte bringen kann und dieses den belasteten Beginn der Hilfe noch problematischer macht. Für die meisten Eltern sind „Auszeiten“ (z.B. ein Urlaub) schwer zu organisieren (z.B. wegen finanzieller Engpässe), sodass sie permanent Stress und Belastungen ausgesetzt sind.

Eltern sehen im Vergleich zur Unterbringung in Pflegefamilien Vorteile in der Heimerziehung. Ihre Erfahrungen zeigen jedoch auch, dass unterschiedliche Problemstellungen individualisierte Lösungen erfordern.

Einige Eltern äußern, dass sie in jedem Fall eine Wohngruppe einer Pflegefamilie vorziehen. Dieses wird u.a. durch eigene negative Vorerfahrungen begründet, aber auch mit beschrieben Vorteilen der Wohngruppe (z.B. Kontakt zu mehreren anderen Kindern): „Und jetzt, wo die in der Einrichtung sind, wo dann, weiß gar nicht, sechs, sieben, acht, neun Kinder sind, dann haben die so ein bisschen Aktion. Also da ist halt Leben und nicht nur die [Kinder mit den Pflegeeltern] alleine“ (In.: Gr. 1; 207-209). An der Heimerziehung schätzen Eltern unter anderem die größere Anzahl an involvierten Personen, mit der sie eine höhere Sicherheit auch in Bezug auf den Schutz ihrer Kinder verbinden: „Und

da ist dann halt Pflegefamilie, wo dann quasi nur zwei Kinder da mit zwei Erwachsen sind. Die waren isoliert“ (In.: Gr. 1; 197-199).

In der Diskussion wird allerdings auch deutlich, dass die Heimerziehung nicht für jede Situation als pauschale und wünschenswerte Lösung eingeschätzt wird. So resümiert eine Mutter mit mehreren Kindern: „Die eine ist in einer Wohngruppe und das läuft gut, aber es gibt auch Kinder, die passen da nicht rein, die brauchen einen Halt einer Familie nach solchen traumatischen Ereignissen auch“ (In.: Gr. 1; 244-246).

3.2 Gruppendiskussion mit Fachkräften

Vergleichbar zum vorangegangenen Kapitel werden im Folgenden die zentralen Ergebnisse der Gruppendiskussion der Fachkräfte vorgestellt, indem diese als Thesen zusammengefasst werden. Der Fokus der Darstellung liegt dabei auf der Frage, welche Erfahrungen Fachkräfte mit Eltern gemacht haben, die sie selbst als bedeutsam einschätzen und in welcher Rolle sie Eltern wahrnehmen. Die Frage, inwieweit sich eine Anschlussfähigkeit bzw. Widersprüche zur Gruppendiskussion der Eltern ergeben, soll zunächst zurückgestellt und in Kapitel 4.1 aufgegriffen werden.

Fachkräfte erleben Eltern zu Beginn der Unterbringung eher skeptisch und sehen es als ihre Aufgabe, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen.

Die Fachkräfte beschreiben unterschiedliche Wahrnehmungen von Eltern, deren Kinder in der Heimerziehung untergebracht sind: „Aus meiner Sicht nehme ich Eltern […] oft als erstmal sehr vorsichtig wahr. Manchmal auch abwehrend. Manchmal auch sehr kritisch“ (In.: Gr. 2; 592-594).

Auf der einen Seite sehen die Fachkräfte, dass „Eltern wirklich in ihrer Ratlosigkeit und Hilflosigkeit alleine gelassen“ (In.: Gr. 2; 744-745) werden. Auf der anderen Seite beschreiben sie auch Druck, der aus ihrer Sicht von Eltern ausgehen kann, wenn diese sich ihnen gegenüber kritisch verhalten, indem die Eltern „die Schuld für das Verhalten der Kids sozusagen in die Schuhe [der Fachkräfte] schieben“ (In.: Gr. 2; 550-551).

Als zentralen Erklärungsfaktor für das Verhalten der Eltern in der Anfangszeit der Heimerziehung verweisen die Fachkräfte auf Vorerfahrungen der Eltern in der Jugendhilfe. Eine Fachkraft begründet dies wie folgt: „Weil natürlich die Eltern die Erfahrung gemacht haben, in vielen Fällen, dass man denen versprochen hat: ‚wir helfen euch mit der ambulanten Hilfe‘ oder mit was auch immer. Und am Ende hat sich herausgestellt, Kind ist doch im Heim. Und das heißt, man hat eigentlich Hilfe versprochen. Die hat es vielleicht gegeben, aber sie hat nicht gereicht. Das heißt, da gab es dann schon Fehleinschätzungen“ (In.: Gr. 2; 594-599).

Vor diesem Hintergrund sehen die Fachkräfte es als ihre Aufgabe, das Vertrauen der Eltern zurückzuerlangen: „Umso wichtiger, dass man das Vertrauen wieder zurückholt. Und ganz kleinschrittig musst du das tun mit diesen Eltern, weil die natürlich enttäuscht worden sind“ (In.: Gr. 2; 631-633).

Schuldgefühle der Eltern sind ein zentrales Thema bei der Wahrnehmung der Eltern durch die Fachkräfte. Die Fachkräfte diskutieren dieses auch im Kontext der Verpflichtung einer Verantwortungsübernahme von Eltern für die Situation der gesamten Familien.

Die Fachkräfte teilen die Beobachtung, dass nach der Aufnahme des Kindes in eine Wohngruppe der Weg und die Gründe für die Unterbringung oft nicht weiter thematisiert werden und eine (gemeinsame) Aufarbeitung nicht angeregt wird. Zudem haben ihrer Erfahrung nach Eltern sich in der Regel nicht freiwillig für die Heimerziehung entschieden: „Ich finde, dass oft verpasst wird, weil da keiner sich da zuständig fühlt, nämlich über die Hintergründe, die Gründe weswegen es zur Herausnahme kam, zu sprechen. Weil, da gab es ja einen Tag X, wo das Kind herausgenommen wird. Da gibt es eine Entscheidung, die nicht die Eltern getroffen haben in der Regel, sondern andere und da wird dieses Thema weggepackt“ (In.: Gr. 2; 735-739).

Sie gehen davon aus, dass es zur Entlastung von Eltern und Kindern beiträgt, wenn sie mögliche Schuldgefühle (von Eltern und Kindern) ansprechen und bearbeiten: „Die Schuldfrage steht über allem, finde ich. Die erwischt einen. Erwischt die Kinder. Erwischt die Eltern. Und manchmal wird sie auch aus einer Gruppe heraus gestellt. Man muss ja immer rechtfertigen, warum was wie gelaufen ist. Das müssten die Eltern für sich vielleicht auch vor anderen Angehörigen, vielleicht auch vor anderen Kindern, die noch zu Hause sind“ (In.: Gr. 2; 757-761).

Die Diskussion zeigt, dass die Fachkräfte zwar mehrheitlich „Schuldzuschreibung“ (z.B. innerhalb ihrer Teams) wahrnehmen, aber Unsicherheiten angedeutet werden, wie damit umzugehen ist. So gibt es „persönliche Grenzen“ (In.: Gr. 2; 925) bei Einschätzungen von Eltern und das Anliegen, dass Eltern Verantwortung übernehmen: „Aber dass jemand, der sein Kind körperlich misshandelt hat, auch eine Verantwortung dafür trägt, dass es von seinen Eltern getrennt wird. Finde ich, das darf Jugendhilfe schon auch sagen. Und ich finde, da soll und muss man auch nicht `rumeiern“ (In.: Gr. 2; 921-924). Es gibt aber auch Fachkräfte, die sich gegen den Anspruch aussprechen, diese Thematik mit Eltern zu bearbeiten: „Also ich persönlich meide die Schuldfrage. Ich finde, ich habe nicht das Gefühl, dass daraus irgendwie auch nur irgendetwas Gutes `rauskommen kann, wenn man die Schuldfrage stellt. Sondern eher, dass sich die Fronten zwischen mir und den Eltern dann eher noch weiter verhärten“ (In.: Gr. 2; 773-776).

Die Wertschätzung und Zusammenarbeit mit Eltern wird von den Fachkräften als wesentlicher Gelingensfaktor der Hilfe beschrieben. Sie verweisen aber auf fehlende zeitliche Ressourcen, konzeptionelle Rahmenbedingungen und beteiligungsförderliche Haltungen, um diese Zusammenarbeit zu fördern.

Die Fachkräfte berichten, dass sie die Wertschätzung der Eltern als einen wesentlichen Gelingensfaktor der Hilfe erleben. Aus ihrer Sicht profitieren sie in der Einrichtung und auch die Fallführung im Jugendamt von einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern: „Ich habe die Erfahrung gemacht, wenn man wertschätzend mit den Eltern umgeht, dass sie dann gerne kommen, sich bei uns wohl-

fühlen und dass dadurch ja die Arbeit einfach mit den Eltern und die ganze Fallführung davon profitiert“ (In.: Gr 2; 163-166). Darüber hinaus betonen die Fachkräfte, dass die Einbeziehung der Eltern für den „Entwicklungsprozess der Kinder“ (In.: Gr. 2; 225) förderlich ist.

Als hilfreich wird eine Einbindung der Eltern in den Alltag der Wohngruppe beschrieben (z.B. monatliches gemeinsames Abendessen mit Eltern, bei dem die Eltern auch untereinander ins Gespräch kommen und Kontakte knüpfen können). Auch gemeinsame Erlebnis- (z.B. Ausflüge) und Auszeiträume (z.B. Ferienfreizeiten) von Eltern und Kindern werden als wichtig für den Hilfeprozess eingeschätzt.

Die Fachkräfte sind der Überzeugung, dass ein stärkeres „Miteinander“ (In.: Gr. 2; 218) entsteht, wenn Eltern in der Verantwortung belassen werden (z.B. wenn die Eltern selbst weiter Arzt-, Schultermine oder die Kleidungseinkäufe übernehmen).

Die Fachkräfte bewerten es als eine positive Errungenschaft, wenn Fachkräfte und Eltern gegenseitig den jeweils anderen, geteilten Lebensort akzeptieren und eine Form der „Patchwork-Pädagogik“ (In.: Gr. 2; 257) entsteht. Übernachtungsmöglichkeiten für Eltern können aus Sicht der Fachkräfte z.B. dazu beitragen, dass Kinder sich nicht mehr zwischen zwei Orten entscheiden müssen.

Mit psychisch erkrankten Elternteilen wird die Zusammenarbeit als schwieriger eingeschätzt: „Wo ich keine gute Erfahrung gemacht oder was ich immer sehr schwierig finde, ist halt die Arbeit mit den psychisch kranken Eltern. Die man ja auch sehr oft hat“ (In.: Gr. 2; 186-188). Die Fachkräfte weisen darauf hin, dass die Eltern oft nicht sagen können, dass es ihnen nicht gut geht (und sie deshalb z.B. Termine mit der Gruppe und mit ihren Kindern nicht absagen). Aus Sicht der Fachkräfte ist ein offener Umgang mit dieser Problematik wünschenswert, gelingt aber nicht immer: „Wir versuchen die [Eltern] natürlich immer zu ermutigen, aber das ist halt auch nicht immer so einfach für die Eltern da dann zu sagen ‚Ja, ist so‘“ (In.: Gr. 2; 193-195).

Problematisch sehen die Fachkräfte, dass sie wenig Zeitressourcen in den Wohngruppen haben, um die beschriebene Form der Elternarbeit leisten zu können. Hinzu kommt, dass die Fachkräfte es mitunter als anstrengend erleben, andere Fachkräfte für eine beteiligungsorientierte Elternarbeit zu gewinnen. Viele Fachkräfte berichten von Kolleg*innen, deren Haltung eine wertschätzende Arbeit mit Eltern kaum möglich macht. Darüber hinaus ergibt sich, dass der Kostendruck der Einrichtungen aus Sicht der Fachkräfte zu überregionalen Belegungen führt, was wiederum den Grad der Beteiligung von Eltern in manchen Fällen (aber nicht immer) einschränkt.

Die Fachkräfte schätzen den Anteil der Arbeit mit den Eltern im Vergleich zu dem Anteil der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen als gering ein. Sie machen den Stellenschlüssel für diese ungleiche Verteilung verantwortlich und haben den Eindruck, dass sie Elternarbeit nur durch Überstunden umsetzen können.

Auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten schlägt eine Fachkraft vor, mehr Hilfen speziell für Eltern einzurichten: „Die [Eltern] bräuchten ja eigentlich wie Jugendhilfe Erwachsenenhilfe, so als Pendant“ (In.: Gr. 2; 1002-1003). Gleichzeitig sehen die Fachkräfte aber, dass für Eltern die Vernetzung der Hilfen und die Nähe der Wohngruppe zum Wohnort der Eltern bedeutsam sind. So wird kritisch angemerkt, dass im Rahmen einer Spezialisierung von Hilfen die Wohngruppen ihre eigentlichen Aufgaben kaum mehr ausüben können: „Vor allen Dingen, weil Jugendhilfe auch so organisiert ist, dass man heute so ein bisschen dazu neigt, dass es für jeden einen Experten gibt. Also oft wird dann er doch zur Therapie geschickt oder zu einem, zu so einer Beratungsperson in der Einrichtung oder besser gesagt Psychologen und dann gibt es ja am Ende so ein ganzes Spinnennetz von Menschen, die mit dem Fall beschäftigt sind. Und in der Gruppe bleibt dann manchmal wenig übrig“ (In.: Gr. 2; 989-995).

Das Machtgefälle zwischen Adressat*innen und Fachkräften prägt aus Sicht von Fachkräften die Zusammenarbeit mit Eltern.

Die Fachkräfte verweisen auf ein deutliches Machtgefälle zwischen Eltern und Fachkräften, das sie kritisch einschätzen: „So wir [Fachkräfte] haben die Deutungshoheit und da kommt man, glaube ich, manchmal von ganz von Anfang an, ohne dass wir irgendwas sagen oder tun eine Hierarchie rein, die irgendwie nicht gut ist. Also so empfinde ich es manchmal“ (In.: Gr. 2; 576-578).

Auch wenn die an der Gruppendiskussion beteiligten Fachkräfte es als ihre Aufgabe sehen, die Eltern mit einzubeziehen, berichten sie von zahlreichen Situationen, in denen sie eine Fremdbestimmung von Eltern erlebt haben. Vor allem das Wunsch- und Wahlrecht wird aus Sicht der Fachkräfte bei der Wahl der Maßnahme nicht flächendeckend beachtet: „Ich habe oft die Erfahrung gemacht, dass zum Beispiel für die Frage jetzt Wunsch- und Wahlrecht ist zum Beispiel da echt mit Füßen getreten wird“ (In.: Gr. 2; 493-494).

Insbesondere gegenüber dem Jugendamt sehen sich die Fachkräfte aus den Einrichtungen nicht immer in der Lage, ihre eigene partizipative Grundhaltung durchzusetzen. Dennoch ist ihnen bewusst, dass es für die Eltern schwierig ist, mit den unterschiedlichen Vorgehensweisen von Fachkräften im Jugendhilfesystem umzugehen: „Wenn die Eltern dann die Erfahrung machen, sie gehen zum Hilfeplangespräch und werden behandelt wie auf dem Amt, in der, in der sag mal in einem übleren Verständnis, so von oben herab und sehr direktiv und dann mit Smartzielen beackert werden und sowas. Dann glaube ich, dass das nicht hilfreich ist, wenn dann so widersprüchliche Erfahrungen auf Eltern einstürzen“ (In.: Gr. 2; 423-428). Es herrscht eine große Einigkeit, dass dieses zu einem „Bruch“ (In.: Gr. 2; 432) der Zusammenarbeit mit Eltern führen kann.

Laut ihrer Erfahrungen reagieren Eltern unterschiedlich, wenn Fachkräfte ihre Machtposition ausnutzen. Manche Eltern trauen sich nicht zu widersprechen, andere gehen in Opposition. Selbstkritisch beschreibt eine Fachkraft dieses als eine Art „Automatismus“: „Also, es gibt Unterschiede und ich habe manchmal das Gefühl, dass wir als Mitarbeiter uns fast automatisch ein Stück weit in der

Hierarchie über sie stellen und dass sie das auch so empfinden. Da und da gibt es mehrere Möglichkeiten, wie die Eltern darauf reagieren, dass sie dann zum Teil sich selbst auch unfassbar klein fühlen. Also dass sie gar nicht sich trauen ehrlich uns gegenüber zu sein, weil sie das Gefühl haben, wir sind hier die großen Mitarbeiter. Also wir sind die großen Erzieher und wir haben so viel Plan" (In.: Gr. 2; 565-571).

Bei Schutzaufträgen äußern Fachkräfte Unsicherheiten im Umgang mit Eltern. **Der „Schutz"** von Kindern erscheint ihnen nicht immer mit einer Beteiligung der Eltern vereinbar.

Die Fachkräfte verweisen auf Spannungsfelder im Umgang mit Schutzaufträgen in der Heimerziehung, bei denen sich Unsicherheiten bei der Beteiligung von Eltern andeuten.

Eine Fachkraft beschreibt zum Beispiel „Schutz" und „Beteiligung" als zwei Alternativen, zwischen denen es sich zu entscheiden gilt: „Letztendlich geht es um den Aufnahmegrund. Also wir haben ja auch einen Schutzauftrag. Und müssen dann teilweise die Kinder schützen vor ihren Eltern, also ich kann nicht einen Missbraucher sein Kind wieder ruhigen Gewissens an die Hand geben. Das ist natürlich ein entscheidendes Kriterium, in welchen Bereichen wie du interagierst. Also gehst du mehr auf Schutz oder gehst du mehr auf Beteiligung?" (In.: Gr. 2; 391-396).

In diesem Zusammenhang werden traumapädagogische Konzepte eher als verunsichernd bewertet: „Die Traumapädagogen, mit denen habe ich immer Stress, weil die immer sagen, die Kinder sind ja nicht ohne Grund im Heim. Und die sagen dann immer dann 'Du kannst doch nicht den Leuten die Kinder abends auf die Bettkante setzen, die die Kinder traumatisiert haben'. Das stimmt natürlich auch. Das würde ich auch nicht machen. Aber die Frage wo die Grenze ist, das ist schon eine, die nicht so einfach zu beantworten ist manchmal" (In.: Gr. 2; 318-323).

In der Diskussion wird deutlich, dass die Fachkräfte den Anspruch haben, auch bei Schutzaufträgen den Eltern Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen, aber es werden durchaus Grenzen der Beteiligung gesehen und eine Fachkraft argumentiert: „Dann würde ich sagen, verstehe ich mich als Fachkraft in Kinder- und Jugendhilfe. Dann muss ich über die Nasenspitze des Kindes schauen. Und für das Kind eine Entscheidung treffen, dass das sicher aufgehoben ist" (In.: Gr. 2; 359-362).

Aus Sicht von Fachkräften trägt eine fehlende gesellschaftliche Akzeptanz der Heimerziehung zur Stigmatisierung der Eltern bei.

Die Fachkräfte nehmen deutlich wahr, dass sich die Eltern häufig in prekären Lebenslagen befinden. Sie beschreiben Heimerziehung als Ausdruck von ökonomischer Ungleichheit: „Also ich glaube, die meisten Familien kommen aus dem Bereich von Armut, Bildungsferne" (In.: Gr. 2; 1144-1145). In diesem Zusammenhang sehen die Fachkräfte auch deutliche Unterschiede zwischen ihrer eigenen Lebenssituation und der von Eltern in der Heimerziehung: „Sie [die Eltern] unterscheiden sich zum Teil von mir oder von uns, weil sie, sie sehen ein Stück weit anders aus. Sie haben also, sie sprechen anders. Sie haben einen anderen Bildungshintergrund" (In.: Gr. 2; 562-562)

Vor diesem Hintergrund wünschen die Fachkräfte sich, dass Heimerziehung eine Möglichkeit bietet, einen Ausweg aus Armut und Ausgrenzung zu schaffen. Stattdessen beschreiben die Fachkräfte aber, dass gerade die Heimerziehung zu einer weiteren gesellschaftlichen Stigmatisierung beiträgt: „Wie oft rege ich mich bei Filmen auf, wo es dann heißt, das Kind muss ins Heim. Ja, dass das aber als Chance gesehen werden kann, das wird völlig verkannt“ (In.: Gr. 2; 1120-1121).

Die Fachkräfte sehen die Jugendhilfe selbst in der Pflicht dazu beizutragen, dieser Stigmatisierung entgegenzuwirken (z.B. durch eine positive Öffentlichkeitsarbeit). Sie wünschen sich ein „anderes Standing“ (In.: Gr. 2; 1124) der Heimerziehung, das diese als „Chance“ (In.: Gr. 2; 1128) versteht und nicht als Maßnahme, wenn alles andere nicht mehr funktioniert. Gleichzeitig beschreiben die Fachkräfte es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Grundlage für Familien zu schaffen, so „dass die die Chance haben, gar nicht in so Notsituationen gelangen zu müssen“ (In.: Gr. 2; 1147-1148).

3.3 Workshop mit Eltern und Fachkräften und die Entwicklung eines Forderungskatalogs

Die im Rahmen der Werkstatt erarbeiteten Ergebnisse der unterschiedlichen Arbeitsphasen (Bestandsaufnahme, Kritikphase und Entwicklungsphase zur Heimerziehung) sind in einem Ergebnisprotokoll ausführlich dokumentiert (s. Anlage 1). Im Folgenden werden deshalb nur ausgewählte Aspekte der Arbeitsphase aufgegriffen und die verabschiedeten Weiterentwicklungsbedarfe der Heimerziehung in Form eines Forderungskatalogs zusammengefasst.

Im Anschluss an die Gruppendiskussionen arbeiteten die Eltern und Fachkräfte in den unterschiedlichen Phasen des Workshops weiterhin zum Teil in getrennten, aber auch in gemeinsamen Gruppen. So konnte zum Beispiel im Rahmen der Bestandsaufnahme an die Ergebnisse der Gruppendiskussionen angeknüpft werden, indem durch gemeinsame Rollenspiele von Fachkräften und Eltern eine Perspektivübernahme der jeweilig anderen Rolle angeregt wurde. Als zentrale Herausforderungen der Heimerziehung wurden in diesem Kontext ausgewählte Themen wie zum Beispiel das Machtgefälle von Eltern und Fachkräften, der Anspruch eines vorurteilsfreien Einbezugs von Eltern auf Augenhöhe, gesellschaftliche Ausgrenzungstendenzen von Eltern (auch durch Institutionen wie Schule) und eine Intransparenz von Strukturen der Jugendhilfe aufgegriffen und hinsichtlich möglicher Konsequenzen diskutiert.

Die Kritikphase konnte an diese Ergebnisse anschließen, indem unterschiedliche Wahrnehmungen der Eltern und Fachkräfte in Bezug auf Spannungsfelder, Konflikte und Herausforderungen herausgearbeitet und sortiert wurden. Die unterschiedlichen Ergebnisse wurden zunächst in getrennten Gruppen gesammelt, schriftlich festgehalten und anschließend in der Gesamtgruppe diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass Themen wie die Unterstützung von Eltern, gesellschaftliches Ansehen der Heimerziehung, Anforderungen an das Jugendamt, Rahmenbedingungen von Einrichtungen, Anforderungen an Fachkräfte, Beteiligung von Eltern und die Haltung von Fachkräften aus Sicht der Fachkräfte und der Eltern als bedeutsam für die Weiterentwicklung der Heimerziehung eingeschätzt werden (s. ausführlicher im Protokoll der Anlage 1).

Mit Blick auf die zahlreichen Arbeitsergebnisse erarbeiteten die Eltern und Fachkräfte in der letzten Phase des Workshops (Entwicklungsphase) eine Reihe von Forderungen zur Weiterentwicklung der Heimerziehung. Dabei diskutierten sie auch, welche Anforderungen sich stellen, um die entwickelten Forderungen umzusetzen. Die Forderungen wurden am Ende der Werkstatt von der Gesamtgruppe als gemeinsames Arbeitsergebnis verabschiedet (s. ausführlicher im Protokoll der Anlage 1).

Im Anschluss an die Werkstatt wurden eine Systematisierung dieser Forderungen vorgenommen und ein Forderungskatalog erarbeitet, der die Ergebnisse des Workshops zusammenfasst. Diese sollen nicht als abschließend oder vollständig verstanden werden. Vielmehr beziehen sich die Anforderungen auf Bereiche, die sich in der Werkstatt als wesentlich herausgestellt haben.

So lassen sich *zehn zentrale Themen* identifizieren, denen die Forderungen der Teilnehmenden zugeordnet werden können und deren Umsetzung aus Sicht von Eltern und Fachkräften die Situation von Eltern in der Heimerziehung nachhaltig verbessern würde. Die Themen werden im Folgenden jeweils erläutert und die einzelnen Forderungen angefügt:

(1.) Lobbyarbeit für und mit Eltern fördern!

Eltern mit Kindern in der Heimerziehung erfahren noch immer Ausgrenzung und Stigmatisierung sowohl in ihrem gesellschaftlichen Umfeld als auch durch das Jugendhilfesystem selbst. Heimerziehung wird eher als „Strafe“ und nicht als „Chance“ angesehen. Eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der Heimerziehung würde Eltern helfen, zu legitimieren, dass sie mit der Fremdunterbringung des Kindes die richtige Entscheidung getroffen haben. Fachkräfte und Eltern fordern vor diesem Hintergrund:

- Lobbyarbeit anregen und politisch fördern, z.B. durch weitere Beteiligungswerkstätten oder die Unterstützung von Selbsthilfegruppen, um die Eltern zu stärken und in der Politik gehört zu werden (ähnlich wie bei der Bewegung der Care Leaver). Dazu gehört auch eine Unterstützung der Lobbyarbeit durch Vereine und Verbände.
- Eine positive Medienpräsenz der Heimerziehung etablieren, indem z.B. positive Erfahrungen mit Heimerziehung in den Medien publik gemacht, Internetauftritte und Social Media-Plattformen aktualisiert werden sowie das positive Anliegen der Heimerziehung durch einen Hashtag (ähnlich wie bei der #MeToo-Bewegung) bekannt zu machen.
- Eine sozialraumorientierte Aufklärung installieren und finanziell fördern, z.B. durch Seminare und Projekte in Schulen, wie sie es bereits zu den Themen „Mobbing“ und „Drogen“ gibt.
- Die Öffnung von Einrichtungen konzeptionell verankern, z.B. durch einen regelmäßigen „Tag der offenen Tür“ und andere Angebote, die einen Zugang unterschiedlicher Personengruppen in die Einrichtungen eröffnen.

(2) Eine Vernetzung von Eltern untereinander ermöglichen!

Die Vernetzung mit anderen Eltern, deren Kinder in der Heimerziehung leben, ist für die Eltern ein wichtiger Faktor, um sich über Erfahrungen austauschen und gemeinsame Interessen vertreten zu können. Bisher gibt es aber kaum Möglichkeiten für Eltern, sich untereinander kennenzulernen oder zu vernetzen. Daher wird gefordert:

- Die Vernetzung von Eltern untereinander fördern, indem mehr Angebote für Eltern im Kontext der Einrichtungen geschaffen werden, wie z.B. durch Elterncafés oder gemeinsame Ausflüge sowie Seminare und Werkstätten, bei denen Kontakte zu anderen Eltern in ähnlichen Lebenssituationen geknüpft werden können.
- Unterstützung beim Aufbau von Selbstorganisationsstrukturen, damit der Austausch und die Interessensvertretung von Eltern für Eltern etabliert werden kann.

(3) Konzepte zur Zusammenarbeit mit Eltern gemeinsam entwickeln und Ressourcen zur Umsetzung bereitstellen!

Fachkräfte und Eltern sehen die Notwendigkeit einer Kooperation, um die Situation des Kindes zu verbessern und einen gelungenen Hilfeprozess zu gestalten. Dabei geht es vor allem darum, eine Form der Zusammenarbeit zu entwickeln, die Eltern und Fachkräften ermöglicht, gemeinsame Wege der Hilfegestaltung zu finden. Konzeptionelle Verankerungen gelingender Formen der Zusammenarbeit liegen jedoch kaum vor bzw. werden nicht umgesetzt. Deshalb wird gefordert:

- Ressourcen am Lebensort des Kindes für die Unterstützung von Eltern zur Verfügung stellen, die es ermöglichen, „Hilfen aus einer Hand“ zu leisten. Dazu bedarf es finanzieller und personeller Ressourcen für die alltägliche Begleitung sowie für Aktionen und Projekte mit Eltern.
- Konzepte und Methoden zur Zusammenarbeit mit Eltern entwickeln und verankern, die gemeinsame Lernräume und Übungsfelder für Eltern, Kinder, Jugendliche und Fachkräften eröffnen, um ein gegenseitiges Lernen und Austauschen auf Augenhöhe zu ermöglichen. Dazu sind Räume sowohl innerhalb des Alltags (z.B. durch Übernachtungsmöglichkeiten für Eltern und andere Familienangehörige) und außerhalb des Alltags (z.B. Ferienfreizeiten) zu schaffen.
- Unterstützung bei Schulangelegenheiten verbessern, die von Eltern als besonders belastend, aber gleichzeitig zentral für die Situation ihres Kindes angesehen wird, z.B. durch eine konzeptionelle Verankerung der Zusammenarbeit mit Schule unter Einbezug der Eltern.

(4) Ausstattung und Rahmenbedingungen für Wohngruppen auch in Hinblick auf die Kooperation mit Eltern verbessern!

Für Eltern hat der Lebensort ihrer Kinder eine besondere Bedeutung, auch wenn die Kinder aufgrund der Heimunterbringung an anderen Orten wie sie selbst leben. Sie sorgen sich um ihre Kinder und möchten, dass es ihnen gut geht. Fachkräfte und Eltern fordern Orte, die Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder sowie den Kontakt zu Eltern ermöglichen. Um solche Orte zu schaffen, fordern Eltern und Fachkräfte:

- Den Personalschlüssel der Wohngruppen sichern bzw. erhöhen, um z.B. auch bei Personalengpässen die pädagogischen Standards halten und die Konzepte (z.B. zur Zusammenarbeit mit Eltern, zur Kooperation mit Schule) tatsächlich umsetzen zu können.
- Eine **„gute“** Ausstattung der Wohngruppen erhalten bzw. verbessern, indem z.B. auf Einzelzimmer für Kinder und Jugendliche geachtet wird, die einen sicheren Rückzugsort benötigen, sowie Übernachtungsmöglichkeiten für Eltern geschaffen werden, die helfen können, den Kontakt zu halten bzw. die Zusammenarbeit zu unterstützen.
- Wohngruppen mit wenigen Plätzen fördern, damit sich auch Kinder in den Gruppen wohlfühlen können, für die größere Gruppen belastend sind.
- Den Auslastungsdruck der Einrichtungen reduzieren, um Überbelegungen und Überlastung zu verhindern und fachlich fundierte Entscheidungen bei der Aufnahme treffen zu können.
- Einrichtungen regelmäßig überprüfen, damit mehr „Sicherheit“ für Eltern besteht, dass die Rahmenbedingungen und Vorschriften eingehalten werden.

(5) Eine wohnortnahe Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!

Für die Eltern ist es von zentraler Bedeutung, dass sie am Alltag ihrer Kinder teilhaben können und dass Kinder durch die Aufnahme in eine Wohngruppe nicht ihre sozialen Kontakte verlieren. Auch für Fachkräfte ist der Kontakt zu den Eltern einfacher zu erhalten, wenn die Entfernungen zwischen Wohnort der Eltern und Einrichtung nicht zu weit sind. Daher wird gefordert:

- Das Kriterium der Wohnortnähe bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen beachten, um Eltern und Kindern regelmäßige Besuchskontakte zu ermöglichen, sodass Eltern am Wohngruppenalltag beteiligt sein können.
- Eine sozialraumorientierte Arbeit der Einrichtungen ausbauen und unterstützen, um so die Öffnung der Einrichtungen für Netzwerke der Familien und anderen Institutionen (z.B. Schulen) voranzutreiben.

(6) Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren für Eltern auf- bzw. ausbauen!

Eltern erleben sich gerade zu Beginn der Heimunterbringung ihrer Kinder oft fremdgesteuert und fühlen sich den Entscheidungen der Expert*innen ausgeliefert. Fachkräfte und Eltern beschreiben positive Erfahrungen, wenn Eltern die Möglichkeit eröffnet wird, sich weiterhin am Leben ihrer Kinder zu beteiligen. Bei der Umsetzung von Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren sehen Fachkräfte aber noch immer erhebliche Schwierigkeiten und fordern:

- Den Ausbau von Beteiligungsgremien für Eltern unterstützen, z.B. durch die Einrichtung eines Sprecherrats von Eltern in Einrichtungen oder durch Arbeitsgruppen, die z.B. Rechteratgeber mit Eltern erarbeiten. Eine rechtliche Verankerung sowie personelle und finanzielle Unterstützung solcher Gremien ist notwendig, um den Ausbau voranzutreiben.
- Einrichtungsinterne und unabhängige externe Beschwerdestellen flächendeckend etablieren und rechtlich verankern, um Eltern zu unterstützen, ihre Anliegen und Rechte durchzusetzen und um Ansprechpartner*innen zu haben, an die sich Eltern wenden können.

(7) Mehr Ressourcen, mehr Kontinuität und Verlässlichkeit in den Jugendämtern!

Die Kooperation zwischen Jugendämtern, Eltern und Einrichtungen wird als wichtiger Faktor für das Gelingen einer Hilfemaßnahme beschrieben. Jugendämter als fallführende Organisationen nehmen für Eltern eine entscheidende Rolle bei der Hilfeentscheidung und -gewährung ein. Um eine stabile und kontinuierliche Zusammenarbeit erreichen zu können, gilt es:

- Zuständigkeitswechsel vermeiden, damit Informationen nicht verloren gehen und Entwicklungen langfristig begleitet werden können (auch bei Wohnortswechsel).
- Die Anzahl von betreuten Fällen pro Mitarbeiter*in in Jugendämtern verringern, damit die Fachkräfte im Jugendamt mehr Zeit und Ressourcen haben, um Eltern die notwendigen Informationen zu erklären, regelmäßige Hilfeplangespräche durchführen und einen kontinuierlichen Kontakt (auch außerhalb von Hilfeplangesprächen) zu Kindern und Eltern halten zu können.
- Die Erreichbarkeit des Jugendamtes verbessern, um z.B. regelmäßige Hilfeplangespräche vereinbaren zu können und um zuverlässige Austauschmöglichkeiten auch in Krisensituationen sicherzustellen.

(8) Entscheidungsprozesse qualifizieren und die Hilfeplanung partizipativer gestalten!

Die Entscheidung einer Fremdunterbringung hat tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben einer Familie. Das gesetzlich verankerte Hilfeplanverfahren schreibt vor, dass Hilfen im Rahmen eines Aushandlungsprozesses mit den Beteiligten zu erarbeiten sind. Die Bedarfsklärung und die Entwicklung von Hilfsangeboten sind somit als ein koproduktiver Prozess von Eltern und Fachkräften anzusehen. Im Gegensatz hierzu erleben Eltern und Fachkräfte Entscheidungsprozesse, die Eltern wenig Gelegenheit geben, ihre Wünsche und Vorstellungen einzubringen. Vor dem Hintergrund, dass die Beteiligung in der Hilfeplanung zwar gesetzlich verankert, aber praktisch unzureichend umgesetzt wird, wird gefordert:

- Hilfeentscheidungen qualifizieren und gemeinsam mit allen Beteiligten treffen, z.B. indem Entscheidungsprozesse konsequenter vorangetrieben werden und verschiedene Angebote zur Auswahl stehen (und Eltern tatsächlich auswählen können). Es gilt zudem, Eltern bei Entscheidungsprozessen intensiver zu begleiten und auf mehr Transparenz zu achten.
- Relevante Informationen zum Verständnis der Situation in einer Familie sammeln und tatsächlich als Entscheidungsgrundlage verwenden, z.B. dadurch, dass Sichtweisen der Eltern konsequenter einbezogen werden und nicht nur auf Grundlage der Akten entschieden wird.
- Partizipation in Hilfeplangesprächen für Kinder und Eltern sicherstellen, indem z.B. flexible Bedingungen für Hilfeplangespräche geschaffen werden, die es Kindern und Eltern ermöglichen, ihre Ziele und Wünsche zu formulieren. Dazu ist es erforderlich, dass Hilfeplangespräche auch in den Wohngruppen, Wohnungen oder anderen Bezugsorten der Kinder und Eltern stattfinden können und Uhrzeiten gewählt werden, die an die Bedürfnisse der Eltern und Kinder angepasst sind.

(9) Familien in ihrer Gesamtheit durch die Wohngruppen und die Jugendämter begleiten und unterstützen!

Heimerziehung tendiert aus Sicht von Fachkräften und Eltern dazu, die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund zu rücken und dabei die Gesamtheit der Familie aus dem Blick zu verlieren. Negative Haltungen von Fachkräften gegenüber Eltern (z.B. wenn Eltern als „Schuldige" für die Situation der Familie verurteilt werden) haben häufig einseitige kindzentrierte Perspektiven und Vorgehensweisen zur Folge. Deshalb fordern Eltern und Fachkräfte:

- Den Blick im Jugendamt und in den Wohngruppen auf die ganze Familie richten und nicht auf nur das einzelne Kind. Dabei kann eine „systemische" Begleitung der Familie bei der gemeinsamen Aufarbeitung des „kritischen Lebensereignisses" Heimerziehung helfen, die Bedarfe aller Familienmitglieder zu sehen und diese besser zu verstehen. Vor diesem Hintergrund sollte es auch mehr Möglichkeiten zur gemeinsamen Unterbringung von ganzen Familien und mehr integrierte Angebote geben.
- Ausbildungsinhalte so qualifizieren, dass Wissen, Methoden und Haltungen dazu beitragen, die Familie in ihrer Gesamtheit in den Blick zu nehmen.
- Fachkräfte für Machtasymmetrien sensibilisieren, z.B. um Diskriminierung zu vermeiden und Bedürfnisse von Eltern besser wahrnehmen zu können. Auch das Machtgefälle gegenüber Einrichtungen, die finanziell vom Jugendamt abhängig sind, sollte reflektiert werden.
- Eltern finanziell unterstützen, z.B. durch die Erstattung von Fahrtkosten zur Einrichtung, zur Unterstützung von Eltern bei Beurlaubung von Kindern nach Hause. Hierzu müssen u.a. Informationen bereitgestellt und neue Formen der Finanzierung gefunden werden, die Zuständigkeiten eindeutiger regeln.

(10) Übergänge mit Eltern und Kindern qualifizieren!

Übergänge sind oft von Unsicherheiten geprägt. Aus Sicht der Eltern und Fachkräfte ist besonders die Anfangszeit der Unterbringung eines Kindes in der Heimerziehung für das Familiensystem mit krisenhaften Erlebnissen verknüpft. Fast immer ist die Beendigung der Heimerziehung für Eltern mit einem Beziehungsabbruch zu vertrauten Fachkräften verbunden, der konzeptionell bislang wenig beachtet wird. Daher wird gefordert:

- Gute Vorbereitung der Anfangszeit und der Verabschiedung sicherstellen, z.B. durch Transparenz, Information und Aufklärung der Eltern durch das Jugendamt und die Wohngruppen von Anfang an (z.B. Wunsch- und Wahlrecht, Kostenbeitragspflicht etc.).
- Berücksichtigung der Bedürfnisse der Eltern, um herauszuarbeiten, welche Informationen für Eltern zu Beginn, während der Hilfe und bei der Beendigung der Hilfe besonders wichtig sind und wie diese zur Verfügung gestellt und vermittelt werden können.
- Möglichkeiten der personellen Zusammenarbeit von ambulanten und stationären Hilfen schaffen, die Eltern Übergänge erleichtern, z.B. indem Betreuer*innen der Wohngruppe Familien nach Rückführungen eine Zeitlang weiter ambulant betreuen können.

4 Einordnung und Auswertung der Ergebnisse

Im Folgenden werden zunächst die im Rahmen der Gruppendiskussion identifizierten zentralen Herausforderungen der Heimerziehung vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstands aufgegriffen, um anschließend Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Heimerziehung mit Blick auf die entwickelten Forderungen auszuwerten.

4.1 Auswertung der Gruppendiskussionen im Spiegel der Herkunftsfamilienforschung

Es wurde bereits angedeutet, dass sich erst in den letzten Jahren ein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse an der Erlebensperspektive von Eltern in der Heimerziehung entwickelt hat. So liegen einzelne Studien zur Situation (z.B. Faltermeier 2001/2017; Helming 2003; Wilde 2014) und den Lebensgeschichten von Herkunftseltern[2] (z.B. Redmann/Gintzel 2017) vor. Auch die Wahrnehmung von Eltern durch Fachkräfte wird in den Blick genommen (vgl. z.B. Schulze-Krüdener 2007). Insgesamt wird die Herkunftsfamilienforschung aber empirisch bislang wenig systematisch und damit kaum aussagekräftig eingeschätzt (vgl. Faltermeier 2019: 46f.). Im Gegensatz hierzu werden Diskussionen um die Möglichkeiten einer erfolgreichen Elternarbeit in der Heimerziehung schon seit langem geführt (vgl. z.B. Schulze-Krüdener 2007; Gragert/Seckinger 2008; Conen 1992/2002; Moos/Schmutz 2012; Wocko 2015). Diese verweisen vor allem darauf, dass die Perspektive von Eltern in der Heimerziehung kaum wahrgenommen wird und deshalb erhebliche Defizite bei der Umsetzung von Elternarbeitskonzepten vorliegen. Vor diesem Hintergrund sollen *drei ausgewählte Herausforderungen* bezüglich der Situation von Eltern in der Heimerziehung diskutiert werden, die sich auch in den Ergebnissen der Gruppendiskussionen abbilden:

Schwierige Lebensverhältnisse von Eltern: Ausgrenzung und Stigmatisierung von Eltern in und durch Heimerziehung?

Junge Menschen in der Heimerziehung kommen zu einem großen Anteil aus Familien mit besonders belasteten Lebenslagen. Empirisch lässt sich ein relativ hoher Anteil an Kindern aus Einelternfamilien nachweisen. Zudem sind Herkunftsfamilien in fast der Hälfte der Fälle auf Transfergeldzahlungen angewiesen (Fendrich u.a. 2018: 26). Diese Situation prägt Kinder *und* Eltern in der Heimerziehung und unterstreicht, dass bei der folgenden Fokussierung auf die Eltern gleichzeitig die Lebensumstände der Kinder im Blick bleiben. Letztlich beziehen sich Auswirkungen von belasteten Lebenslagen auf die gesamte Familie und nicht nur auf einzelne Mitglieder. Folgen von Armut sind vor diesem Hintergrund nicht neu für die Forschung in der Heimerziehung (vgl. bilanzierend z.B. Gabriel 2003, bezogen auf die Inanspruchnahme von Heimerziehung z.B. Bürger 2010) und insbesondere für

[2] Der Begriff „Herkunftseltern“ wird häufig für „leibliche Eltern“ verwendet, wenn deren Kinder in der Heimerziehung oder in Pflegefamilien untergebracht werden. Dieser Bericht präferiert, von „Eltern“ zu sprechen. Wenn der Begriff „Herkunftseltern“ verwendet wird, ist damit keine Abwertung von Eltern gemeint. Vielmehr wird eine Begrifflichkeit verwendet, die bislang „gängig“ ist und auch im SGB VIII Anwendung findet (vgl. zur Wirkung von Sprache Dittmann/Schäfer 2019: 12).

die Forschung zu Herkunftsfamilien bedeutsam, wie zum Beispiel Faltermeier (2019) oder Helming (2003) zeigen. Es wird u.a. auf „biografisch erworbene“ Benachteiligungen verwiesen, also auf das Hineingeboren-werden in schwierige, soziale, finanzielle und familiäre Verhältnisse, die das Leben von Herkunftseltern prägen und problematische Bildungskarrieren, minderwertige Beschäftigungen und ausgrenzende Lebensbedingungen zur Folge haben.

Hinzu kommen Ausgrenzungstendenzen durch die Heimerziehung selbst bzw. durch das Jugendhilfesystem insgesamt. Faltermeier beschreibt diese (2019: 237f.) wie folgt: „Nicht zu wissen, „wer“ man ist (weder richtig Eltern noch richtig „Nicht-Eltern“), was man erwarten darf, was man zu tun hat, um „gut“ zu sein (zum Kind, zum Jugendamt, zu den Pflegeeltern etc.), was als Perspektive angestrebt werden darf.“ Durch die Herausnahme eines Kindes durch die Jugendhilfe und die Unterbringung in eine Einrichtung der Heimerziehung oder Pflegefamilien verschärft sich häufig das Gefühl der Ausgrenzung von Eltern. Dieses wird u.a. mit dem Bruch in ihrer Biografie begründet, da die Eltern ihren eigenen Normalitätserwartungen des Mutter- oder Vatersein nicht mehr entsprechen können und sich zudem gegenüber der Nachbarschaft, Freunden, Schule und ihrem gesamten gesellschaftlichen Umfeld für die Trennung rechtfertigen müssen. Das gesellschaftliche Ansehen, aber auch eigene Ausgrenzungstendenzen des Jugendhilfesystems erschweren die Situation und tragen zur weiteren Stigmatisierung der Eltern bei.

Im Gegensatz hierzu verweist die Familienforschung auf eine Öffnung der Privatheit von Familie und sieht darin auch eine Chance für benachteiligte Familien. So werden Betreuungsleistungen für Kinder (u.a. durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen) mittlerweile zur Normalität und dadurch (so z.B. Bertram 2018: 1529) für einzelne Familien weniger stigmatisierend. Gleichzeitig wird allerdings auf eine stärkere Inpflichtnahme sowie eine individualisierte Verantwortungszuschreibung von Familien aufmerksam gemacht (zum Beispiel in Bezug auf ihre Bildungs- und Erziehungsverantwortung, bei der Unterstützung von schulischen Belangen etc.). Nicht alle Eltern können diesen gewandelten Anforderungen entsprechen, was auch mit einer Zunahme der Inanspruchnahme sozialer Dienste in Zusammenhang gebracht wird (vgl. Fegter u.a. 2015: 4f.).

Sowohl in der Gruppendiskussion der Eltern als auch der Fachkräfte wird die belastende Lebenssituation von Herkunftseltern thematisiert (s. Kapitel 3.1 und 3.2). Eine Reihe von Eltern berichten von schwierigen Lebensverhältnissen, Suchterkrankungen und eigenen Heimerfahrungen, ohne dass biografische Fragen explizit gestellt wurden. Anspruchserwartungen an die Eltern unterschieden sich mitunter und erscheinen eher undurchsichtig (z.B. in Bezug auf eine Berufstätigkeit). Auch die Fachkräfte nehmen die schwierige sozial-ökonomische Situation der Eltern als bedeutsam für ihre Arbeit wahr und sehen deutliche Unterschiede zur eigenen Lebenssituation. Die Eltern teilen belastende Erfahrungen, die sich z.B. auf wahrgenommene diskriminierende Erlebnisse im gesamten gesellschaftlichen Umfeld, aber auch auf das Jugendhilfesystem selbst beziehen (s.o.). Sie leiden unter einer fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung, auch weil das Wohl ihrer Kinder ihnen am Herzen

liegt und ihnen eine gesellschaftliche Akzeptanz helfen würde zu legitimieren, dass sie mit der Fremdunterbringung des Kindes die richtige Entscheidung getroffen haben (vgl. hierzu auch Faltermeier 2019: 248) bzw. im Fall des Sorgerechtsentzuges für sie die richtige Entscheidung getroffen wurde.

Es stellt sich die Frage, wie mit der Herausforderung umzugehen ist, dass Heimerziehung noch immer Ausdruck „ökonomischer Ungleichheit" ist. Wie kann Heimerziehung mit Folgen von Armut, Bildungsbenachteiligung, Stigmatisierung und (möglicherweise) auch gestiegenen Anspruchshaltungen von Fachkräften umgehen, ohne Ausgrenzungsprozesse zu legitimieren bzw. zu verschärfen. Wie kann Heimerziehung also im Sinne einer „Normalisierung" (vgl. bereits Winkler 1990) stattdessen einen gesellschaftlich anerkannten Ort schaffen, der Familien Chancen eröffnet, neue Perspektiven zu finden und schwierige Lebenssituationen zu überwinden?

Eltern in der Krise: Heimerziehung als Auslöser eines kritischen Lebensereignisses auch für Eltern?

Das Erleben der Heimerziehung als Krise besonders in der Anfangszeit wird von den Eltern der Gruppendiskussion als weitere zentrale gemeinsame Erfahrung geteilt. Unterschiedliche Forschungen bestätigen diesen Befund (vgl. z.B. Helming 2003 in Bezug auf Bereitschaftspflege, Faltermeier 2001/2019 und Wilde 2014 in Bezug auf Eltern, deren Kinder in Pflegefamilien untergebracht wurden sowie Gies u.a. 2016 in Bezug auf die Heimerziehung). Biografische Studien (z.B. Faltermeier 2019; Wilde 2014) zeigen Ursachen und Folgen der Herausnahme von Kindern und erklären Reaktionen der Herkunftseltern. So kommt zum Beispiel Helming (2003: 173) in ihrer Studie zur Bereitschaftspflege zu dem Schluss, dass nur in Ausnahmefällen von einer Zustimmung der Eltern bei einer Herausnahme des Kindes ausgegangen werden kann, da Eltern diese eher als einen Eingriff in ihre Autonomie statt als ein Hilfsangebot verstehen. In dieser Krise kann von Eltern also kaum erwartet werden, dass sie den Eingriff als legitim beurteilen. Wolff diskutiert ausführlich die Legitimation solcher sozialpädagogischer Interventionen und verweist darauf, dass sich Fachkräfte des „Charakters der Zumutung ihrer Handlungen bewusst sein" (Wolff 2015: 72) müssen und ein Vertrauen der Adressat*innen die notwendige Zustimmung für die Intervention erheblich erleichtert. Hierzu bedarf es zum Beispiel eines nachträglichen Werbens um Verständnis für die Intervention und einer ressourcenorientierten Arbeit. Im Gegensatz dazu zeigt sich, dass die Herausnahmen von Kindern häufig von Machtprozessen zugunsten der sozialen Dienste gesteuert werden, die dauerhafte Interaktions- und Kommunikationskrisen auslösen können. Wenn also in der Interaktion zwischen Jugendamt und Herkunftsfamilie unterschiedliche Sinn- und Relevanzsysteme aufeinandertreffen, wird die Verständigung schwierig bzw. zum Teil ganz verhindert (vgl. Faltermeier 2001: 217). Je mehr Druck durch das Jugendhilfesystem auf Eltern ausgeübt wird, desto mehr lässt sich eine Distanzierung von Eltern beobachten (vgl. Gregert/Seckinger 2008: 8). Auch mögliche Vorerfahrungen der Eltern mit dem Jugendhilfesystem spielen hier eine Rolle (vgl. z.B. Pluto 2007: 128ff.). Hinzu kommen organisatorische Rahmenbedingungen wie die von den Eltern in der Gruppendiskussion mehrfach angesprochenen Zuständigkeitswechsel, die den Eltern kaum vertrauensvolle Kommunikationen ermöglichen (vgl. auch Helming u.a. 2010: 112).

Die in der Gruppendiskussion der Eltern beschriebenen negativen Erfahrungen mit dem Jugendamt illustrieren anschaulich, welche Folgen der Verlust des Vertrauens in die Fachkräfte im Jugendamt haben kann: Die Eltern fühlen sich ausgeliefert und kaum handlungsfähig. Die Gruppendiskussion der Fachkräfte deutet an, dass sie die Hilflosigkeit der Eltern wahrnehmen. Sie haben Erfahrungen mit unterschiedlichen Reaktionsmöglichkeiten von Eltern und sehen es als ihre Aufgabe, das Vertrauen der Eltern zurückzugewinnen. Sie verweisen aber auch auf Machtstrukturen, Haltungen und organisatorische Rahmenbedingungen, die ihnen dieses Anliegen erschweren bzw. unmöglich machen. So sehen sie zum Beispiel Grenzen bei der Arbeit mit Herkunftseltern, weil ihnen mitunter der „Schutz" von Kindern mit einer Beteiligung der Eltern nicht vereinbar erscheint. In diesem Zusammenhang argumentieren z.B. Urban-Stahl und Biesel (2018: 165f.), dass gerade Eltern, die ihre Kinder schädigen, eine Atmosphäre benötigen, in der sie sich versorgt und unterstützt fühlen, sodass eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung entstehen kann.

Zu einigen Eltern finden die Fachkräfte der Gruppendiskussion keine Zugänge. Als Begründung führen sie unter anderem psychische Erkrankungen der Eltern an und verweisen in diesem Zusammenhang auf die Problematik der Unsicherheit der Jugendhilfe im Umgang mit psychisch kranken Eltern, die bereits Schone und Wagenblass (2006) untersucht haben und zu der inzwischen eine Reihe Handlungsempfehlungen (vgl. z.B. Moos/Schmutz 2012: 208ff.) bzw. Forderungen zur Weiterentwicklung (vgl. Arbeitsgruppe psychisch- und suchtkranker Eltern 2019) vorliegen.

Die Gruppendiskussion der Eltern gibt zahlreiche Hinweise, dass diese Eltern Wege gefunden haben, sich mit der Herausnahme ihres Kindes zu arrangieren bzw. die Entscheidung zumindest im Nachhinein positiv bewerten. Die Eltern verknüpfen dieses vor allem mit der Verbesserung der Situation ihrer Kinder, deuten aber auch an, dass sie selbst von der Einrichtung profitieren (indem sie zum Beispiel auf kontinuierliche Kontakte mit ihrem Kind verweisen). Der Zusammenhang zwischen einer Verbesserung der eigenen Situation *und* der Situation des Kindes wird z.B. von Wolf (2003: 263) in Bezug auf positive Hilfeverläufe im Rahmen der Forschung zur sozialpädagogischen Familienhilfe herausgestellt. Auch Tornow u.a. (2012) machen darauf aufmerksam, dass ein „Klima des Wohlbefindens" (u.a. wahrgenommen durch die Eltern) den Verlauf von stationären Hilfen von jungen Menschen grundlegend beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund gilt zu fragen, ob und wie die Heimerziehung auf die Herausforderung reagieren kann, *alle* Eltern dabei zu unterstützen, die Krise der Unterbringung ihres Kindes zu bewältigen und eine Zusammenarbeit mit den Eltern zu ermöglichen. Dabei geht es vor allem darum, Rahmenbedingungen zu schaffen und Konzepte zu entwickeln, die Herkunftseltern ermöglichen ihre Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen, mit der veränderten Situation produktiv umzugehen und neue Perspektiven zu entwickeln.

Strukturbedingungen und Haltungsfragen in der Heimerziehung als Stolperfalle bei der Zusammenarbeit mit Eltern?

Obwohl das SGB VIII als Dienstleistungsgesetz mit starken Elternrechten konzipiert wurde, lässt die Forschung darauf schließen, dass die Praxis der Hilfebeantragung, Hilfeplanung und Hilfedurchführung bis heute nicht von dieser Philosophie geprägt ist (vgl. Gies u.a. 2016: 115). Glinka und Schefold (2007: 153) kommen zum Beispiel im Rahmen ihrer Studie zu dem Schluss, dass Eltern vor der stationären Unterbringung (z.B. während ambulanter Maßnahmen) meist im Mittelpunkt der Hilfen stehen. Nach der Fremdunterbringung verlieren ASD-Mitarbeiter*innen Eltern aber häufig aus dem Blick und auch die Einrichtungen führen keine konzeptionell angemessene Elternarbeit durch, obwohl §37 SGB VIII die Träger der Erziehungshilfen zu einer Zusammenarbeit mit Eltern verpflichtet. Moss und Schmutz (2012: 26) ergänzen, dass Hilfeplanziele bislang oftmals kindbezogen ausgerichtet sind und spezifisch elternbezogene Ziele meist nicht formuliert werden.

Beide im Rahmen der Werkstatt durchgeführten Gruppendiskussionen zeigen, dass die Realisierung der Elternrechte eine Herausforderung im Rahmen der Heimerziehung darstellt. So teilen die Eltern die Erfahrung, dass sie keine Möglichkeit gesehen haben, ihr im Rahmen des § 37 SGB VIII vorgesehenes Wunsch- und Wahlrecht bei der Entscheidung über den Ort der Unterbringung auszuüben. Auch die Fachkräfte berichten von Situationen, in denen sie eine Fremdbestimmung der Eltern erlebt haben und Elternrechte übergangen wurden. In der Studie von Pluto (2007) zur Partizipation in den Hilfen zur Erziehung finden sich ähnliche Wahrnehmungen von Eltern und Fachkräften (sowie Kindern und Jugendlichen), die u.a. Erklärungsmuster bei der Schwierigkeit der Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten liefern, indem auch auf die Notwendigkeit der Veränderung von Strukturen in der Heimerziehung verwiesen wird.

Die Herkunftsfamilienforschung deutet an, dass organisatorische Rahmenbedingungen Einfluss darauf haben können, dass der Zusammenarbeit und Beteiligung von Eltern (trotz ihrer rechtlichen Verankerung) eine untergeordnete Rolle zugeschrieben wird. Glinka und Schefold (2007: 153) stellen fest, dass Fachkräfte im Jugendamt ihre eingeschränkten Ressourcen nach der Fremdunterbringung eher nutzen, um Kinder und Jugendliche zu begleiten. Auch Helming u.a. (2010: 527) sehen beim ASD aufgrund der hohen Fallzahlen kaum die Möglichkeit von Beratung der Herkunftseltern, beziehen sich hierbei allerdings auf Eltern, deren Kinder in Pflegefamilien untergebracht sind. Bezüglich der Umsetzung von Elternarbeitskonzepten in Einrichtungen wird ebenfalls auf einen Mangel an Personalressourcen verwiesen (vgl. Glinka/Schefold 2007: 153), obwohl auch die Wirksamkeitsforschung der Kooperation mit Eltern positive Effekte für die Hilfeverläufe (vgl. z.B. BMFSJ 2002; Albus 2010) zuschreibt.

Die Fachkräfte unserer Gruppendiskussion sehen in fehlenden Personal- und Zeitressourcen eine Begründung für die unzureichende Elternarbeit und argumentieren, dass Elternarbeit nur in Form von Überstunden zu leisten ist. Insbesondere der Gruppendiskussion der Eltern lässt sich zudem entnehmen, dass eine überregionale Belegung der Einrichtung – und damit verbundene weite Fahrwege der Eltern zur Einrichtung – eine zusätzliche organisatorische Rahmenbedingung schafft, die

eine Hürde darstellt, mit der Einrichtung zusammenzuarbeiten. Insbesondere in Bezug auf Beteiligungskonzepte greift die aktuelle Fachdebatte diese überregionale Belegungspraxis schon länger kritisch auf (vgl. Knuth/Stork 2014; Knuth 2019). Wohnortnähe als eine zentrale Variable, die es Eltern und Kindern ermöglicht, eine enge und sich immer wieder aktualisierende Beziehung aufrechtzuerhalten, wird schon im Rahmen der Forschung zu den integrierten Erziehungshilfen herausgestellt (vgl. Zeller 2003: 233).

Neben solchen strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen wird aber vor allem die Haltungsfrage – also die Grundhaltung von Mitarbeiter*innen in der Jugendhilfe – für die Gestaltung der Zusammenarbeit mit Eltern verantwortlich gemacht. Fragen der Haltung gelten als Teil der Persönlichkeit, beruhen auf lebenslangen Erfahrungen und allgemeinen Überzeugungen (vgl. Bourdieu 1976). Sie werden deshalb nicht als leicht bzw. schnell veränderbar eingeschätzt. Gerade in der Heimerziehung wird auf ein Bild von Eltern verwiesen, das noch immer von negativen Grundorientierungen geprägt ist. Wenn Eltern die Schuld am Elend der Kinder zugeschrieben wird, liegt die Konsequenz nahe, dass Heimerziehung eher als familienersetzende statt -ergänzende Leistung angesehen wird und Eltern aus dem Blick der Fachkräfte geraten (vgl. Gies u.a. 2016: 109).

Die Gruppendiskussion der Fachkräfte zeigt, dass die partizipativ orientierten Fachkräfte häufiger mit Haltungen konfrontiert werden, die auf negative Wahrnehmungen von Eltern schließen lassen. Sie argumentieren, dass sie sich nur mit Mühe dagegen wehren können und mitunter auch keine Möglichkeiten sehen, eigene Einstellungen durchzusetzen. Sobald es um Kinderschutzfälle geht, zeigen selbst partizipativ orientierte Fachkräfte Unsicherheiten (die auch auf ein Fehlen von Konzepten und Methoden verweisen, s.o.) und vernachlässigen möglichweise mit Blick auf die Sicherung des Kindeswohls die Perspektive der Eltern, obwohl sie dieser in anderen Kontexten eine entscheidende Bedeutung zuschreiben.

Wenn strukturelle Bedingungen der Heimerziehung in den Blick genommen werden, gilt es also immer, diese in ihrer Wechselwirkung mit Haltungsfragen zu diskutieren. Gies u.a. (2016: 114) argumentieren in diesem Zusammenhang, dass substanzielle Veränderungen auf der einen Ebene nicht möglich sind, ohne zugleich die andere Ebene mit in den Blick zu nehmen. Die Heimerziehung steht also vor der Herausforderung, wie eine Organisationsentwicklung vorangetrieben werden kann, die eine beteiligungsorientierte Haltung fördert und damit z.B. auch zu einer Realisierung ihrer Elternrechte beiträgt. Dieses schließt keinesfalls aus, dass auch rechtliche Änderungen diese Entwicklung vorantreiben können, wie beispielsweise bei der Neuerung des § 45 SGB VIII hinsichtlich der Konzeptentwicklung von Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren für Kinder und Jugendliche beobachtet werden konnte (vgl. Knuth/Stork 2014: 245).

4.2 Forderungen der Werkstatt und Konsequenzen für die sozialpädagogische Praxis

Ziel der Werkstatt war ein Forum für Eltern und Fachkräfte zu schaffen, in dem sie sich über ihre Positionen und Themen zur Weiterentwicklung der Heimerziehung austauschen konnten. Vor dem Hintergrund der diskutierten Erfahrungen, Beobachtungen und Erkenntnisse sollte die Möglichkeit eröffnet werden, Forderungen an die Weiterentwicklung der Heimerziehung aufzustellen.

Eltern und Fachkräfte war es am Ende der Werkstatt wichtig, gemeinsame Forderungen zu verabschieden, die aus dem Austausch der unterschiedlichen Perspektiven entstanden waren. Im Rahmen der Systematisierung der unterschiedlichen Forderungen wurde deshalb eine kurze Rahmung der jeweiligen Forderungen eingefügt, die sich auf die vorangegangenen Diskussionen der Teilnehmenden bezieht (s. Kapitel 3.3).

Im Folgenden wird nach der Anschlussfähigkeit der Forderungen mit Blick auf aktuelle Diskussionen zur Zusammenarbeit mit Eltern in der Heimerziehung gefragt. Dazu werden die drei Schwerpunkte des Forderungskatalogs in den Blick genommen: (1) die Notwendigkeit von gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen, (2) die Verankerung von neuen Unterstützungs- und Beteiligungsangeboten für Eltern und (3) die Durchsetzung von Organisationsentwicklungsprozessen, die auch auf Haltungsänderungen zielen. Dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang mit der Auswertung der Gruppendiskussionen (s. Kapitel 4.1), der im Folgenden insbesondere mit Blick auf die Konsequenzen ausgewertet wird.

(1) Die Notwendigkeit von gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen

Eltern und Fachkräfte fordern eine Lobbyarbeit für Herkunftseltern insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie gemeinsame Erfahrungen mit Ausgrenzung und Stigmatisierung teilen und diese für den Hilfeverlauf als bedeutsam einschätzen. Für sie hängt die Notwendigkeit der sozialen Integration von Familien auch von der gesellschaftlichen Akzeptanz der Heimerziehung und der Verbesserung ihrer Lebenssituation ab (s. auch Kapitel 4.1).

Trotz einer schon lange geführten Debatte um die Normalisierung der Heimerziehung (vgl. z.B. Winkler 1990), kommt die Herkunftsfamilienforschung zu dem Schluss, dass Lebensformen wie Heim und Pflegefamilie nach wie vor einen ausgrenzenden Charakter haben. Faltermeier (2019: 248ff.) fordert vor diesem Hintergrund, dass Herkunftseltern als jene anzuerkennen sind, die sich mehr oder weniger freiwillig im Interesse der Kinder für die Heimerziehung entschieden haben: Diesen Eltern muss ermöglicht werden, für ihre Kinder da zu sein und nicht das Stigma „verwirkte Elternschaft“ zu tragen. Diese Forderung wird auch vor dem Hintergrund der Ausdifferenzierung von Familienbildern und damit auch von Lebensformen diskutiert. So spricht Beck-Gernsheim (2000: 54ff.) davon, dass „Normalbiographien zu Bastelbiographien“ werden und Übergänge für Kinder in unterschiedliche Lebensformen eher eine Normalität als eine Ausnahme darstellen (vgl. hierzu auch

Fegter u.a. 2015: 5). Um diese Übergänge erfolgreich zu bewältigen, muss eine Anerkennung der gesellschaftlichen Aufgabe erfolgen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Kindern und Eltern ermöglichen, diese Übergänge erfolgreich zu bewältigen (Faltermeier 2019: 248).

Die Forderung nach Lobbyarbeit ist somit eng mit dem Anliegen verknüpft, das positive Anliegen der Heimerziehung zu stärken und dazu beizutragen, dass Heimerziehung nicht zu einer Stigmatisierung von ohnehin belasteten Familien beiträgt (s. Kapitel 4.1), sondern ihnen eine hilfreiche Unterstützung bietet (vgl. hierzu bereits Kupffer/Martin 2000: 69ff.). Hinzu kommt, dass Eltern und Fachkräfte die Notwendigkeit sehen, die gesamte Lebenssituation zu verbessern. So werden finanzielle und infrastrukturelle Hilfe für Herkunftsfamilien gefordert (z.B. Unterstützung bei einem Umzug in die Nähe des Kindes, Abschaffung der Kostenbeteiligung von Eltern), die bislang wenig in konzeptionelle Überlegungen eingeflossen sind.

(2) Die Verankerung und Durchsetzung von neuen Unterstützungs- und Beteiligungsangeboten für Eltern

Eine Reihe der Forderungen von Eltern und Fachkräften verweist auf die Notwendigkeit, neue Konzepte der Zusammenarbeit mit Eltern zu entwickeln bzw. Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Konzepte überhaupt umgesetzt werden können.

Diese Forderungen knüpfen an aktuelle Diskussionen an, die davon ausgehen, dass nur durch eine kooperative Zusammenarbeit mit den Herkunftseltern ein gelungener Hilfeprozess mit dem Kind gestaltet werden kann (vgl. z.B. Wilde 2014: 198). Vor diesem Hintergrund fordern zum Beispiel Faltermeier ein Konzept der „Erziehungspartnerschaft" (2001), Lehmann (2004) eine „ressourcenaktivierende Familienarbeit", Wilde (2014) eine „kooperative Zusammenarbeit", Gies u.a. (2016) eine „Elternpartizipation". Gemeinsam ist diesen Konzepten, dass die Bedeutung von Eltern in der Heimerziehung anerkannt und ein aktiver Einbezug von Eltern in den Hilfeprozess ermöglicht werden soll. Gies u.a. (2016) setzen vor allem auf Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern, die dazu beitragen sollen, dass sich Eltern und Kinder gemeinsam auf den Weg machen, um die Situation der Familie zu verändern. Faltermeier (2001: 158 ff.) fordert eine „geteilte Elternschaft", die eine gemeinsame Verantwortung mehrerer Akteur*innen für das Kind ermöglicht und Eltern befähigen soll, die Erziehung ihrer Kinder mitzugestalten. Für die Umsetzung wird u.a. die Berücksichtigung von Rechten und Interessen (vgl. Gies u.a. 2016: 113f.) bzw. von Erwartungen und Bedürfnissen (Faltermeier 2019: 250) als erforderlich beschrieben.

Deutlich wird, dass zahlreiche Forderungen der Beteiligungswerkstatt an diese konzeptionellen Überlegungen anschließen. So werden gemeinsame Lernräume und Übungsfelder für Fachkräfte und Eltern eingefordert, die auf ein gegenseitiges Lernen von Erziehungsaufgaben schließen lassen. Gleichzeitig wird auf die Notwendigkeit von Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen verwiesen (z.B. in Form von Gremien, in der Hilfeplanung etc.), wobei insbesondere die Möglichkeit einer kontinuierlichen Teilnahme von Eltern am Leben der Kinder gefordert wird. Dazu gehört ein aktiver Einbezug der Eltern in den Alltag der Wohngruppen, für den Gies u.a. (2016) schon konkrete Umsetzungsvorschläge vorgelegt haben.

Darüber hinaus sehen Eltern und Fachkräfte die Vernetzung von Eltern untereinander und den Aufbau von Selbstorganisationsstrukturen als zentrale Anforderung zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Eltern. Umsetzungsmöglichkeiten solcher Forderungen beschreibt bereits Schrapper (2004) im Rahmen von Projekten, die in Form von Elterngruppen den Austausch gemeinsamer Erfahrungen mit der Fremdunterbringung eröffnen. Auch Gies u.a. (2016) dokumentieren Möglichkeiten der Vernetzung von Eltern, bei denen der Aspekt der Selbsthilfe im Vordergrund steht. Allerdings zeigt sich, dass Rahmenbedingungen der Heimerziehung (z.B. das Fehlen eines kontinuierlichen Teilnehmer*innenkreises bedingt durch Rückführungen von Kindern) den Aufbau solcher Strukturen erschweren. Forderungen nach einer Unterstützung beim Aufbau der Strukturen müssen somit vor diesem Hintergrund gesehen und möglicherweise durch Überlegungen einer kontinuierlichen Begleitung ergänzt werden.

(3) Die Durchsetzung von Organisationsentwicklungsprozessen, die sich auf Veränderung von personellen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen beziehen, gleichzeitig aber auch auf Haltungsänderungen zielen

Letztlich deuten eine Reihe der aufgestellten Forderungen an, dass Organisationsentwicklungsprozessen in der Heimerziehung eine zentrale Rolle für die Weiterentwicklung der Heimerziehung zugeschrieben wird. So fordern Fachkräfte und Eltern eine Veränderung von personellen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen in Jugendämtern und Einrichtungen. Insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt sehen Eltern und Fachkräfte Weiterentwicklungsbedarfe, die sich zum Beispiel auf personelle Kontinuität sowie mehr Ressourcen für individuelle Hilfeplanungen beziehen. Auch die Veränderung von Rahmenbedingungen in Wohngruppen (z.B. einer Verbesserung der personellen und finanziellen Ressourcen) ist aus Sicht von Eltern und Fachkräften notwendig, um eine Zusammenarbeit mit Eltern zu ermöglichen.

Diese Forderungen knüpfen an das Anliegen an, Strukturen in Organisationen der Heimerziehung so zu verändern, dass sie flexibel und innovativ auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern reagieren können (vgl. Knuth/Schmidt 2019: 88f.). Die geforderte Veränderung von Rahmenbedingungen wie personelle Kontinuität (auch bei Übergängen) und eine stärkere Regionalisierung von Einrichtungen sind Aspekte, die Studien zur Herkunftselternforschung ebenfalls herausstellen (vgl. z.B. Zeller 2003; Wilde 2014). In Kapitel 4.1 wurde bereits auf die Wechselwirkung von strukturellen Rahmenbedingungen und Haltungen verwiesen. Eine Umsetzung struktureller Veränderungen ohne eine Haltungsänderung der in der Organisation tätigen Personen wird vor diesem Hintergrund kaum für möglich gehalten. Gleichzeitig wird die Veränderung von Organisationsstrukturen aber durchaus als förderlich für die Veränderung von Haltungen eingeschätzt (vgl. Gies u.a. 2016). Plädiert wird letztlich für „eine allumfassende, beteiligungs- und damit auch beschwerdeförderliche Einrichtungskultur“ (Schmolke/Stengel 2017: 204), die eine Beteiligung in den Strukturen der Organisation und Haltung aller Beteiligten so verankert, dass diese zur Selbstverständlichkeit werden (vgl. Krause 2019: 29f.).

Vor diesem Hintergrund erhalten die Forderungen nach Organisationsentwicklungsprozessen eine besondere Bedeutung, da sie auch auf Haltungsänderungen zielen, wie zum Beispiel im Rahmen der Forderungen nach einer Sensibilisierung von Machtasymmetrien zwischen Eltern und Fachkräften oder der Qualifizierung von Ausbildungsinhalten in Bezug auf Haltungsfragen deutlich wird.

5 Fazit: Erste Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Heimerziehung

Die Ergebnisse der Beteiligungswerkstatt lassen darauf schließen, dass die Heimerziehung aus Sicht von Fachkräften und Eltern noch immer vor erheblichen Herausforderungen und Spannungsfeldern in Bezug auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Eltern steht. Diese beziehen sich auf unterschiedliche gesellschaftliche, konzeptionelle und strukturelle Rahmenbedingungen der Heimerziehung, die auch im Rahmen der Herkunftsfamilienforschung deutlich werden und Ausgrenzungsprozesse von Eltern in der Heimerziehung zur Folge haben.

Der Einbezug der Perspektive von Eltern als eine Adressat*innengruppe der Heimerziehung (sowie der Einbezug der Sichtweise von Fachkräften auf Eltern) eröffnet die Möglichkeit, besser zu verstehen, wie Eltern die Heimerziehung wahrnehmen bzw. wie Fachkräfte die Situation von Eltern einschätzen. Diese Befunde gilt es in die Diskussion für Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Heimerziehung einzubeziehen mit dem Ziel, sowohl die Situation von Kindern als auch die der Eltern in der Heimerziehung zu verbessern.

Gleichzeitig wurde ein Forum geschaffen, in dem die Eltern und Fachkräfte gemeinsam eigene Forderungen zur Veränderung der Heimerziehung aufgestellt haben, die zentrale Impulse für die weitere Arbeit des „Zukunftsforum Heimerziehung“ geben.

Zusammenfassend lassen sich drei zentrale Befunde thesenartig als Ergebnisse der Werkstatt festhalten, die als Forderungen für die Weiterentwicklung der Heimerziehung formuliert werden:

> *Durch eine Lobbyarbeit für und mit Eltern gilt es eine Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Ansehens der Heimerziehung anzuregen, um die Ausgrenzung von Herkunftseltern innerhalb und außerhalb des Jugendhilfesystems abzubauen.*

Heimerziehung ist als eine Unterstützungsleistung zu verstehen, deren Inanspruchnahme eine gesellschaftliche Legitimation braucht (wie z.B. die Hilfe von Ärzten). Um das Image der Heimerziehung aufzuwerten, ist es erforderlich, Heimerziehung als lohnenden Lebensort anzuerkennen und nicht als „Restehilfe“ abzustempeln. Es bedarf der gesellschaftlichen Anerkennung von Eltern in der Heimerziehung und ihrer Entscheidung für diese Hilfeform, um Stigmatisierungen und Ausgrenzungen in den ohnehin belasteten Lebenssituationen entgegenzuwirken.

Dazu muss Heimerziehung stärker in gesellschaftliche Diskussionen eingebracht und ihre Leistungen angemessen beschrieben werden. Eine gesellschaftspolitische Lobbyarbeit ist mit Blick auf das Jugendhilfesystem selbst und auf weitere gesellschaftliche Zusammenhänge zu stärken. Um diese Lobbyarbeit zu gestalten, gilt es die Adressat*innen (also auch die Eltern) auf allen politischen Ebenen einzubeziehen. Dabei ist die Stärkung der Selbstvertretung(-organisation) für Eltern von zentraler Bedeutung. Für den Aufbau solcher Strukturen bedarf es einer personellen und finanziellen Unterstützung. Zudem ist eine verbindliche Verankerung zum Beispiel von Elternräten notwendig, um diesen sowohl eine Lobbyarbeit als auch eine Interessensvertretung zu ermöglichen.

Es bedarf einer konzeptionellen und rechtlichen Verankerung von neuen Formen der Zusammenarbeit mit Eltern, die gegenseitige Lernmöglichkeiten für Fachkräfte und Eltern, umfangreiche Beteiligungs- und Beschwerdeangebote sowie Vernetzungsangebote für Eltern ermöglichen.

Nur durch den Einbezug von Eltern kann ein gelingender Hilfeprozess in der Heimerziehung gestaltet werden. Eine Verankerung und tatsächliche Umsetzung von Konzepten zur Zusammenarbeit mit Eltern muss jedoch stärker vorangetrieben und als fachlicher Standard durchgesetzt werden. Dieses bezieht sich sowohl auf Jugendämter als auch auf Orte, an denen die Hilfen für Kinder und Jugendliche gewährt werden (z.B. Wohngruppen). Um solche Prozesse zu unterstützen, ist eine weitere rechtliche Sicherung von Unterstützungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechten von Eltern notwendig. Eine sinnvolle Möglichkeit wäre, dies als Kriterium für die Erteilung der Betriebserlaubnis im Rahmen des § 45 SGB VIII aufzunehmen (und damit vorzugeben, dass Konzepte zur Beteiligung von Kindern, Jugendlichen *und* Eltern vorgelegt werden müssen). Gleichzeitig bedarf es der Prüfung von weiteren rechtlichen Veränderungen, die z.B. eine Kooperation des Jugendamts mit Eltern verbessern oder zur Durchsetzung von Beschwerdemöglichkeiten (z.B. durch die rechtliche Verankerung von unabhängigen Ombudsstellen) beitragen.

Bei der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Unterstützung von Eltern gilt es auch Übergänge in andere Hilfen (z.B. von stationären zu ambulanten Erziehungshilfen) genauer in den Blick zu nehmen und Beziehungsabbrüche durch fehlende personelle Kontinuitäten zu vermeiden. Die Finanzierung der Begleitung von Übergängen muss gesichert und konzeptionell für Eltern und Kinder verankert werden.

Fachliches Wissen und Können um gegenseitige Lernmöglichkeiten für Fachkräfte und Eltern, umfangreiche Beteiligungs- und Beschwerdeangebote sowie Vernetzungsangebote für Eltern müssen in der sozialpädagogischen Ausbildung von Fachkräften verankert und in der Praxis weiter geschult werden. Heimerziehung braucht in diesem Zusammenhang kollegiale Beratungsangebote von Fachkräften untereinander sowie Reflexionsangebote mit Adressat*innen und Betroffenenorganisationen. Gleichzeitig ist die Förderung einer kontinuierlichen Begleitung von Wissenschaft notwendig, um die Praxis der Heimerziehung kritisch in den Blick zu nehmen und Verstehensprozesse der Adressat*innen weiter voranzutreiben.

Es erfordert Organisationsentwicklungsprozesse, um Strukturen in der Heimerziehung zu verändern. Hierzu sind Zeit- und Personalressourcen zur Verfügung zu stellen, gleichzeitig Haltungsänderungen anzuregen und die Wechselwirkung beider Aspekte zu beachten.

Heimerziehung braucht Organisationen, die personell und finanziell so aufgestellt sind, dass die geforderte Form der Zusammenarbeit mit Eltern ermöglicht werden kann. Notwendig sind außerdem Rahmenbedingungen, wie z.B. die Erreichbarkeit von sozialen Diensten (Jugendamt) und Wohngruppen für Eltern und Kinder, personelle Kontinuität sowie eine sozialräumliche und alltagsorientierte Offenheit der Institutionen, um individuelle Hilfsangebote für Familien bieten zu können. Um

strukturelle Veränderungen durchsetzen zu können, bedarf es neben der Verankerung von Konzepten und Methoden (s.o.) vor allem die Haltung der in den Organisationen tätigen Personen in den Blick zu nehmen. Die Weiterentwicklung ist eng damit verknüpft, dass es gelingt, Machtasymmetrien zwischen Fachkräften und Eltern abzubauen und Eltern als Partner*innen im Erziehungsprozess zu verstehen. Eine Veränderung von Strukturen kann Haltungsänderungen anregen, muss aber auch im Rahmen anderer Forderungen (z.B. im Kontext von Lobbyarbeit, Ausbildungsfragen etc.) im Blick behalten werden.

6 Literatur

Ackermann, T./Robin, P. (2017): Partizipation gemeinsam erforschen: die reisende Jugendlichen-Forschungsgruppe (RJFG) - ein Peer-Research-Projekt in der Heimerziehung. In.: EREV (Hg.): Beiträge zu Theorie und Praxis der Jugendhilfe 18. Hannover: Schöneworth Verlag.

Albus, S. u.a. (2010): Wirkungsorientierte Jugendhilfe. Abschlussbericht der Evaluation des Bundesmodellprogramms „Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen nach §§ 78a ff. SGB VIII". In.: ISA Planung und Entwicklung GmbH (Hg.): Schriftenreihe Wirkungsorientierte Jugendhilfe Band 10. Münster: Waxman.

Arbeitsgruppe psychisch- und suchtkranker Eltern (2019): Abschlussbericht, abrufbar unter: https://www.ag-kpke.de/wp-content/uploads/2019/12/Abschlussbericht-AG-Kinder-psychisch-kranker-Eltern.pdf [5.2.2020].

Beck-Gernsheim, E. (2000): Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen. München: Beck.

Bertram, B. und H. (2017): Familie, elterliches Wohlbefinden und die Zukunft von Kindern, In.: Böllert, K. (Hg.): Kompendium Kinder- und Jugendhilfe. Bd. 2. Wiesbaden: Springer VS, S. 1497-1532.

Biesel, K./Urban-Stahl, U. (2018): Lehrbuch Kinderschutz. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Bourdieu, P. (1976): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage einer kabylischen Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bürger, U. (2010): Armut und Familienstrukturen in den Herkunftsfamilien der AdressatInnen erzieherischer Hilfen. In.: Forum Erziehungshilfen, 16. Jg., Heft 5, S. 266-271.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) (Hg.) (2002): Schriftreihe Band 219: Effekte erzieherischer Hilfen und ihre Hintergründe. BerlIn.: Verlag W. Kohlhammer.

Burow, O.-A. (2008): Zukunftskonferenz. Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven. In.: Kersting, N. (Hg.): Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlage für Sozialwissenschaften, S. 181-194.

Conen, M.-L. (2002): Elternarbeit in der Heimerziehung: eine empirische Studie zur Praxis der Eltern- und Familienarbeit in Einrichtungen der Erziehungshilfe (4. Aufl.). Frankfurt/MaIn.: IGfH Eigenverlag.

Dittmann, A.Schäfer, D. (2019): Zusammenarbeit mit Eltern in der Pflegekinderhilfe. Zum Anspruch auf Beratung und Unterstützung. Expertise für das Dialogforum Pflegekinderhilfe. Frankfurt. Abrufbar unter: https://www.dialogforum-pflegekinderhilfe.de/expertisen/zusammenarbeit-mit-eltern-in-der-pflegekinderhilfe-2019.html.

Faltermeier, J. (2019): Eltern, Pflegefamilie, Heim. Partnerschaften zum Wohl des Kindes. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Faltermeier, J./Stork, R. (2017): Interessenvertretungen von Eltern mit Kindern in Erziehungshilfen. In.: Forum Erziehungshilfen, 23. Jg., Heft 4, S. 217-220.

Faltermeier, J. (2001): Verwirkte Elternschaft? Fremdunterbringung - Herkunftseltern - neue Handlungsansätze. Münster: Votum-Verlag.

Fegter, S./Heite, C./Mierendorff, J./Richter, M. (2015): Neue Aufmerksamkeiten für Familie. Diskurse, Bilder und Adressierungen in der Sozialen Arbeit. In.: Neue Praxis. Sonderheft 12, S. 3-11.

Fendrich u.a. (2018): Monitor Hilfen zur Erziehung 2018. Dortmund: Eigenverlag Forschungsverbund DJI/TU Dortmund.

Gabriel, T. (2003): Was leistet Heimerziehung? Eine Bilanz deutschsprachiger Forschung. In.: Gabriel, T./Winkler, M. (Hg.): Heimerziehung – Konzepte und Perspektiven. München: Ernst Reinhard Verlag, S. 167-195.

Gies, M./Hansbauer, P./Knuth, N./Kriener, M./Stork, R. (2016): Mitbestimmen, mitgestalten: Elternpartizipation in der Heimerziehung. In.: EREV (Hg.): Beiträge zu Theorie und Praxis der Jugendhilfe 15. Hannover: Schöneworth Verlag.

Glinka, H.-J./Schefold, W. (2007): Hilfeplanverfahren und Elternbeteiligung im Spiegel von Fallstudien. In.: Homfeld, H. G./Schulze-Krüdener, J. (Hg.): Elternarbeit in der Heimerziehung. München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag, S. 150-161.

Gragert, N./Seckinger, M. (2008): Herausforderungen für die Zusammenarbeit mit Eltern in den Erziehungshilfen. In.: Forum Erziehungshilfen, 14. Jg., Heft 1, S. 4-9.

Helming, E. u.a. (2010): Organisationsstrukturen und Schlüsselzahlen. In.: Kindler, H. u.a. (Hg.): Handbuch Pflegekinderhilfe. München: Deutsches Jugendinstitut e.V., S. 108-122.

Helming, E. (2010): Herkunftseltern im Jugendhilfesystem. In.: Kindler, H. u.a. (Hg.): Handbuch Pflegekinderhilfe. München: Deutsches Jugendinstitut e.V., S. 525-540.

Helming, E. (2003): Die Eltern: Erfahrungen, Sichtweisen und Möglichkeiten. In.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Bereitschaftspflege – Familiäre Bereitschaftsbetreuung. Abrufbar unter: https://www.bmfsfj.de/blob/94896/3b8de776569c9cf63956257f2e72001d/prm-24081-sr-band-231-data.pdf [02.09.2019].

Knuth, N. (2019): Elternpartizipation: Eine Herausforderung für die stationären Erziehungshilfen. In.: Unsere Jugend, 71. Jg., Heft 5, S. 59-68.

Knuth, N./Stork, R. (2014): Beteiligungsverfahren und Beschwerdemöglichkeiten. Kann Heimerziehungspraxis die neuen rechtlichen Ansprüche nach § 45 SGB VIII erfüllen. In.: Forum Erziehungshilfen, 20. Jg., Heft 4, S. 245-248.

Kühn, T./Koschel, K.-V. (2011): Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch. Wiesbaden: VS Springer Verlag.

Kupffer, H./Martin, K. (2000): Einführung in die Theorie und Praxis der Heimerziehung (6. erw. Aufl.). Wiebelsheim: UTB.

Krause, H.-U. (2019): Beteiligung als umfassende Kultur in den Hilfen zur Erziehung. Frankfurt/M.: IGfH-Eigenverlag.

Lamnek, S. (2005): Gruppendiskussionen. Theorie und Praxis (2. überarb. Aufl.). Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

Lehmann, C. (2004): Ressourcenaktivierende Familienarbeit – Erfahrungen mit einem praktischen Ansatz. In.: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hg.): Herkunftsfamilien in der Kinderund Jugendhilfe. München: Eigenverlag, S. 33-44.

Mayring, P. (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In.: Flick, U./von Kardoff, E./Steinke, I. (Hg.): Qualitative Sozialforschung – Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, S. 468-474.

Mayring, P. (2015): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken (12. überarb. Aufl.). Weinheim: Beltz Verlag.

Moos, M./Schmutz, E. (2012): Praxishandbuch Zusammenarbeit mit Eltern in der Heimerziehung. Ergebnisse des Projekts „Heimerziehung als familienunterstützende Hilfe". Mainz: Eigenverlag des ism.

Oelerich, G./Schaarschuch, A. (2006): Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit. Konturen sozialpädagogischer Nutzerforschung. In.: Bitzan, M./Bolay, E./Thiersch, H. (Hg.): Die Stimme der Adressaten. Weinheim/München: Juventa, S. 185-214.

Owen, H. (2008): Open Space Konferenz: Eine transformative Praxis. In.: Kersting, N. (Hg.): Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlage für Sozialwissenschaften, S. 159-166.

Pluto, L. (2007): Partizipation in den Hilfen zur Erziehung. Eine empirische Studie. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.

Redmann, B./Gintzel, U. (2017): Von Löweneltern und Heimkindern. Lebensgeschichten von Jugendlichen und Eltern mit Erfahrungen in der Erziehungshilfe. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag.

Schone, R. & Wagenblass, S. (2006): Wenn Eltern psychisch krank sind ... Kindliche Lebenswelten und institutionelle Handlungsmuster (2. unver. Aufl.). Weinheim: Juventa Verlag.

Schulze-Krüdener, J. (2007): "Mit der Elternarbeit geht es uns meist besser als ohne" Eltern als unverzichtbare Kooperationspartner in der Heimerziehung? In.: Homfeld, H. G./Schulze-Krüdener, J. (Hg.): Elternarbeit in der Heimerziehung. München: Reinhardt, S. 99-111.

Schrapper, C. (2004): … und wer sind die besseren Eltern? Anmerkungen zur Zusammenarbeit professioneller Pädagoginnen und Pädagogen mit Herkunftseltern. In.: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hg.): Herkunftsfamilien in der Kinder- und Jugendhilfe. München: Eigenverlag, S. 181-198.

Steier, F./Gyllenpalm, B./Brown, J. & Bredemeier, S. (2008): World Café: Förderung der Teilhabekultur. In.: Kersting, N. (Hg.): Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlage für Sozialwissenschaften, S. 167-180.

Wilde, C.-E. (2014): Eltern. Kind. Herausnahme. Zur Erlebensperspektive von Eltern in den Hilfen zur Erziehung. Siegen: UniPrint.

Winkler, M. (1990): Normalisierung der Heimerziehung. Perspektiven der Veränderung in der stationären Unterbringung von Jugendlichen. In.: neue praxis, 20. Jg., Heft 5, S. 429 -439.

Wocko, K. (2015): Elternarbeit in der Heimerziehung: eine exemplarische Studie. Saarbrücken: AV Akademikerverlag.

Wolf, K. (2015): Sozialpädagogische Interventionen in Familien. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Wolf, K. (2003): Familien als Adressaten sozialpädagogischer Interventionen. In.: Forum Erziehungshilfen, 9. Jg., Heft 5, S. 260-268.

Zeller, M. (2003): Wie Eltern eine „WG um die Ecke" erleben. In.: Forum Erziehungshilfen, 9. Jg., Heft 5, S. 272-277.

7 Anhang

Ergebnisprotokoll zur Beteiligungswerkstatt
vom 08.-09.11.2019 in Duisburg

Teilnehmer*innen
7 Fachkräfte und 9 Elternteile aus folgenden Einrichtungen: Agnesheim Hagen, Ev. Jugendhilfe Bergisch Land (Remscheid), Ev. Jugendhilfe Friedenshort (Siegen), Jugendhilfe Lohmühle (Velbert-Neviges), Kinderhaus Berlin-Markbrandenburg, P.E.B. e.V. (Bornheim) und WAB-Benrath (Düsseldorf)

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Beteiligungswerkstatt protokolliert. Ergänzend wird zeitnah eine systematische Auswertung der Gruppendiskussionen an die Expert*innenrunde des Projekts weitergeleitet und so auch diese Ergebnisse in das Projekt eingebracht.

TOP 1: Kennenlernen und Einstieg in das Thema
Die Fachkräfte und Eltern ordnen und positionieren sich zu unterschiedlichen Fragestellungen. Folgende Ergebnisse lassen sich festhalten: Der Schwerpunkt der teilnehmenden Einrichtungen kommt aus NRW; die Teilnehmenden haben unterschiedlich lange Erfahrungen als Eltern bzw. Fachkräfte mit der Heimerziehung in der aktuellen Einrichtung (ein Schwerpunkt liegt bei 4-6 Jahren); die Fachkräfte und Eltern haben unterschiedlich lange Fahrtwege zur Einrichtung, wobei die Eltern meist deutlich längere Fahrtwege (bis zu 250 km) zur Einrichtung zu bewältigen haben; die Eltern haben deutlich mehr eigenen Kinder als die Fachkräfte (bis zu 5 Kinder).

TOP 2: Bestandsaufnahme (Teil I): Wie nehmen Eltern Heimerziehung wahr? Wie nehmen Fachkräfte die Rolle von Eltern in der Heimerziehung wahr?
In Form einer getrennten Arbeitsphase diskutieren Eltern, wie sie Heimerziehung wahrnehmen. Parallel diskutieren Fachkräfte, wie sie die Rolle von Eltern in der Heimerziehung wahrnehmen. Beide Diskussionsrunden werden aufgezeichnet. Eine systematische Auswertung steht noch aus. Im Folgenden erfolgt deshalb nur eine erste Auflistung der diskutierten Themen.

Gruppendiskussion der Eltern

Die Wohngruppen, in denen ihre Kinder leben, werden von den Eltern sehr positiv beschrieben („Ich kann nur sagen, wie toll die Wohngruppe ist“). Hilfreich schätzen die Eltern zum Beispiel ein, dass die Fachkräfte der Wohngruppen sie dabei unterstützt haben, immer Kontakt zu ihrem Kind zu halten, auch in Phasen ihres Lebens, in denen sie zum Beispiel gegen Suchterkrankung kämpfen mussten. Betont wird auch, dass die Wohngruppen den Kindern viel mehr Freizeitunternehmungen ermöglichen, als sie es selbst (auch finanziell gesehen) könnten.

- Die Eltern sind sich einig, dass der Anfang der Unterbringung der Kinder in der Wohngruppe schwer ist, aber viele empfinden es mittlerweile als eine „gute“ Lösung bzw. resümieren z.B.: „Ich hätte sie lieber bei mir, wer will das nicht, aber, wenn es ihr da besser geht, klar mache ich das mit“.

- Die meisten Eltern äußern, dass sie in jedem Fall eine Wohngruppe einer Pflegefamilie vorziehen. Dieses wird u.a. mit eigenen negativen Vorerfahrungen begründet, aber auch mit beschrieben Vorteilen der Wohngruppe (z.B. Kontakt zu mehreren anderen Kindern).
- Aus Sicht der meisten Eltern hat fast immer das Jugendamt eigenständig die Entscheidung über die Unterbringung ihrer Kinder getroffen und auch die Einrichtung ausgewählt:
  - ➔ Es gab allerdings in den meisten Einrichtungen die Möglichkeit für die Eltern, sich die Einrichtung (z.T. mit den Kindern) anzuschauen und z.T. für Kinder die Möglichkeit, eine Nacht dort probeweise zu schlafen.
- Die Eltern machen deutlich, wie wichtig ihnen Besuchskontakte und die (relative) Nähe zur Einrichtung sind: Hilfreich wäre für manche Eltern Unterstützung, um näher an die Einrichtung ziehen zu können.
- Die Eltern betonen, wie wichtig ihnen das Wohlergehen ihrer Kinder in der Einrichtung und die Beteiligungsmöglichkeiten ihrer Kinder in der Wohngruppe sind: Aus ihrer Sicht geht es ihren Kindern vor allem gut, wenn diese eine dauerhafte Bezugsbetreuung haben.
  Viele Eltern haben erlebt, dass es Personalmangel in den Einrichtungen gibt und wünschen sich mehr Personal, da sie dieses mit einer hochwertigeren Arbeit verbinden.
  Es wird beschreiben, dass eine Kostenbeteiligung die gesamte Familie in finanzielle Nöte bringen kann und dieses den belasteten Beginn der Hilfe noch problematischer macht. Für die meisten Eltern sind „Auszeiten“ (z.B. ein Urlaub) schwer zu organisieren (z.B. wegen finanzieller Engpässe), so dass sie permanent Stress und Belastungen ausgesetzt sind.
- Fast alle Eltern haben Probleme in der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt erlebt. Folgende Punkte werden u.a. genannt:
  - ➔ Schwierige Erreichbarkeit
  - ➔ Zuständigkeiten wechseln permanent und sind unklar
  - ➔ z.T. finden HPG nicht regelmäßig statt.
- Zentrales Thema für die Eltern ist an verschiedenen Stellen der Diskussion, dass sie in vielen gesellschaftlichen Bereichen ein großes Maß an Ausgrenzung und Diskriminierung wahrnehmen. Sie nennen zahlreiche Beispiele aus dem Jugendhilfesystem selbst: „Bist du Hartz 4, bist du in der untersten Schublade beim Jugendamt“, aber auch andere Bereiche wie Schule, Jobcenter und manchmal ihr gesamtes gesellschaftliches Umfeld. Die Eltern berichten, dass diese Erfahrungen mitunter dazu beitragen, dass sich eigene Schuldgefühle vergrößern und sie sich verstärkt ausgegrenzt fühlen.
- Aus Sicht der Eltern können Fachkräfte sich oft nicht in die Situation der Eltern und Kinder hineinversetzen, da sie aus einer anderen „gesellschaftlichen Schicht“ kommen. Die Eltern argumentieren, dass es mehr Möglichkeiten für Menschen geben sollte, die selbst Erfahrungen in der Heimerziehung (als Eltern oder Kind) gemacht haben, später in dem Bereich tätig zu werden.

Gruppendiskussion Fachkräfte

Bezüglich der Frage, welche Erfahrungen Fachkräfte mit Eltern gemacht haben, die für sie bedeutsam waren, und in welcher Rolle sie Eltern erleben, werden folgende Themen angesprochen:

- Eltern werden zu Beginn der stationären Maßnahme häufig als „schüchtern“ manchmal auch „abwehrend und kritisch“ wahrgenommen. Die Fachkräfte erklären sich dieses mit Vorerfahrungen der Eltern im Jugendhilfesystem. Die Fachkräfte sehen es als ihre Aufgabe, das Vertrauen der Eltern zurückzuerlangen.
- Die Fachkräfte teilen die Beobachtung, dass nach der Aufnahme des Kindes in eine Wohngruppe der Weg und die Gründe für die Unterbringung oft nicht weiter thematisiert werden und eine (gemeinsame) Aufarbeitung nicht angeregt wird. Sie gehen davon aus, dass es zur Entlastung von Eltern und Kindern beiträgt, wenn sie mögliche Schuldgefühle (von Eltern und Kindern) ansprechen und bearbeiten.
- Die Fachkräfte berichten, dass sie die Wertschätzung der Eltern als einen wesentlichen Gelingensfaktor der Hilfe erleben. Aus ihrer Sicht profitieren sie in der Einrichtung und auch die Fallführung im Jugendamt von einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern.
- Als hilfreich wird eine Einbindung der Eltern in den Alltag der Wohngruppe beschrieben (z.B. monatliches gemeinsames Abendessen mit Eltern, bei dem die Eltern auch untereinander ins Gespräch kommen und Kontakte knüpfen können). Auch gemeinsame Erlebnis- (z.B. Ausflüge) und Auszeiträume (z.B. Ferienfreizeiten) von Eltern und Kindern werden als wichtig für den Hilfeprozess eingeschätzt.
- Die Fachkräfte sind der Überzeugung, dass ein stärkeres „Miteinander“ entsteht, wenn Eltern in der Verantwortung belassen werden (z.B. wenn die Eltern selbst weiter Arzt-, Schultermine oder die Kleidungseinkäufe übernehmen).
- Die Fachkräfte bewerten es als eine positive Errungenschaft, wenn Fachkräfte und Eltern gegenseitig den jeweils anderen, geteilten Lebensort akzeptieren und eine Form der „Patchwork-Pädagogik“ entsteht. Übernachtungsmöglichkeiten von Eltern können aus Sicht der Fachkräfte z.B. dazu beitragen, dass Kinder sich nicht mehr zwischen zwei Orten entscheiden müssen.
- In der Arbeit mit psychisch erkrankten Elternteilen wird die Zusammenarbeit als schwieriger eingeschätzt. Die Fachkräfte weisen darauf hin, dass die Eltern oft nicht sagen können, dass es ihnen nicht gut geht (und sie deshalb z.B. Termine mit der Gruppe und mit ihren Kindern nicht absagen). Aus Sicht der Fachkräfte ist ein offener Umgang mit dieser Problematik wünschenswert. Dies ist, so die Einschätzung der Fachkräfte, schwierig für die Eltern.
- Einige Fachkräfte beschreiben Schwierigkeiten, die Grenze der Verantwortbarkeit in der Umgangsgestaltung z.B. unter traumapädagogischen Aspekten zu ziehen.
- Die Fachkräfte erleben es mitunter als anstrengend, andere Fachkräfte für eine beteiligungsorientierte Elternarbeit zu gewinnen. Die Fachkräfte schätzen den Anteil der Arbeit mit den Eltern im Vergleich zu dem Anteil der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen als gering ein. Aus ihrer Sicht ist der Stellenschlüssel für diese ungleiche Verteilung ausschlaggebend: Fachkräfte die von der Bedeutung von Elternpartizipation überzeugt sind, können diese meist nur „on top“ (=durch Überstunden) umsetzen.
- Der Kostendruck der Einrichtungen führt aus Sicht der Fachkräfte mitunter zu überregionalen Belegungen, was wiederum den Grad der Beteiligung von Eltern in manchen Fällen (aber nicht immer) einschränkt.

- Das Wunsch- und Wahlrecht wird aus Sicht der Fachkräfte bei der Wahl der Maßnahme nicht flächendeckend beachtet. Dies wird damit erklärt, dass Aushandlungsprozesse Zeit brauchen – eine Ressource, an der in Jugendämtern und Einrichtungen gespart wird.
- Die Fachkräfte beschreiben Spannungsfelder und Unsicherheiten im Umgang mit Schutzaufträgen in der Heimerziehung. Sie erleben unterschiedliche Haltungen von Fachkräften und wünschen sich eine Verbesserung der Ausbildung.
- Die Fachkräfte verweisen auf ein Machtgefälle zwischen Eltern und Fachkräften. Laut ihrer Erfahrungen reagieren Eltern unterschiedlich, wenn Fachkräfte ihre Machtposition ausnutzen: Manche Eltern trauen sich nicht zu widersprechen andere gehen in Opposition.
- Die Fachkräfte nehmen deutlich wahr, dass sich die Eltern häufig in prekären Lebenslagen befinden. Sie beschreiben Heimerziehung als Ausdruck von ökonomischer Ungleichheit.

Top 3: Bestandsaufnahme (Teil II): Was ist los in der Heimerziehung? Was läuft gut, was läuft nicht so gut in der Heimerziehung für Eltern aus der Sicht von Eltern und Fachkräften?

Die teilnehmenden Fachkräfte und Eltern erarbeiten in gemischten Gruppen unterschiedliche Szenen (in Form von Rollenspielen) in der Heimerziehung. Eine Auswahl von verschiedenen Szenen wird zur Verfügung gestellt. Diese Szenen sind mit Blick auf das im Zukunftsforum erarbeitet Thesenpapier (http://zukunftsforum-heimerziehung.de/diskussionspapiere/ - wird zeitnah eingestellt) entworfen worden. Die Gruppen wählen die Szenen zu folgenden Themen aus: 1. Konfliktfeld: Vorurteile Heimerziehung bzw. Stigmatisierung, 2. Konfliktfeld: Gute Orte in der Heimerziehung, 3. Konfliktfeld: Anforderung an Fachkräfte; 4. Konfliktfeld: Beschwerde und Beteiligungsmöglichkeiten. Die Möglichkeit eine eigene Szene zu entwerfen, wird von keiner Gruppe gewählt.

Die einzelnen Rollenspiele liegen als Videos vor. Zusammenfassend lässt sich aus der Auswertung der Rollenspiele folgendes festhalten:

Allgemeine Ergebnisse*:*

- Die Rollenspiele erscheinen zwar mitunter als „überzogen“, dennoch werden einzelne Elemente als „realistisch“ beschrieben und spiegeln die eigenen Erfahrungen der Fachkräfte und Eltern.
- In fast allen Szenen zeigt sich die Herausforderung, auf Augenhöhe zu sprechen, Vorurteile fernzuhalten und einen respektvolleren Umgang miteinander zu gestalten.
- Häufig verweisen die Szenen auf ein Machtgefälle von Fachkräften und Eltern. Dieses wird besonders deutlich, wenn es um Beschwerdemöglichkeiten von Eltern geht.
- Es wird in allen Szenen ersichtlich, dass fehlende Informationen von Eltern (z.B. zum Angebot der Wohngruppen) und eine fehlende Transparenz der Strukturen, den Eltern die Möglichkeit nimmt, sich zu beteiligen und ihre Wünsche durchzusetzen.

Szenenspezifische *Ergebnisse:*

- Ergänzend zu Szene 1 „Vorurteile und Stigmatisierung“: Dieses Konfliktfeld wird von der Gruppe als gesamtgesellschaftliches Problem gesehen (hier am Beispiel Schule dargestellt). In der anschließenden Reflexion wird u.a. der Jugendhilfe die Aufgabe zugeordnet, dabei zu unterstützen, dass Vorurteile gegenüber Eltern abgebaut werden.

- Ergänzend zur Szene 2 „Gute Ort in der Heimerziehung“: Mitunter wünschen sich Eltern und Fachkräfte spezialisierte Angebote, um ein auf die Problemstellungen des Kindes zugeschnittenes Angebot zu bekommen. Eltern nehmen eine größere räumliche Distanz zur Wohngruppe in Kauf, weil ihnen signalisiert wird, dass keine Alternative zur Verfügung steht und das Angebot gut zu den Bedürfnissen des Kindes passt. Die Wünsche von Kindern treten bei diesem Thema aus Sicht der Beteiligten häufiger in den Hintergrund (bei der Reflexion des Rollenspiels sind alle erschrocken, wie wenig das Kind im Rollenspiel berücksichtigt wurde). Fachkräfte erleben eher den Kostendruck als Entscheidungsgrundlage als die Beteiligung der Eltern und Kinder. Häufig ist der Grund der Herausnahme aber letztlich unklar oder wird nicht transparent gemacht (was im Gegensatz zum Wunsch nach spezialisierten Angeboten steht).
- Ergänzend zu Szene 3 „Anforderungen an Fachkräfte“: In der Reflexion wird deutlich, dass es sich bei diesem Thema nicht unbedingt um ein Konfliktfeld handelt. Die Teilnehmenden verweisen auf eine Reihe von Anforderungen, die von Eltern und Fachkräften geteilt werden. In der Praxis der Teilnehmenden gibt es allerdings kaum eine Beteiligung von Eltern bei der Einstellung von Fachkräften im Gruppendienst. Im ambulanten Bereich werden Wünsche von Eltern an die zuständige Fachkraft sehr viel selbstverständlicher abgefragt.
- Ergänzend zu Szene 4 „Beschwerde- und Beteiligungsmöglichkeiten“: Das Thema „Strafen“ wird als sehr aktuell im Alltag der Heimerziehung eingeschätzt. Es wird auf fehlende Beschwerdestellen verwiesen und eine Verstärkung von Machtasymmetrien, wenn Fachkräfte überfordert sind.

Top 4: Kritikphase
Wo sehen wir Konflikte, Spannungsfelder und Herausforderungen in der Heimerziehung? Was sehen wir kritisch?

Eltern und Fachkräfte arbeiten an Spannungsfeldern und Herausforderungen der Heimerziehung.

Die Gruppe der Eltern beschäftigt sich mit den Fragen:

1. Was war hilfreich im Rahmen der Unterbringung ihres Kindes? (grüne Karten)
2. Was war problematisch? Was muss sich ändern? (gelbe Karten)

Plakat 1: Ergebnis der Kartenabfrage der Eltern

Hilfreich bewerteten die Eltern vor allem folgende Aspekte:

- Informationen über die Gruppe und die Möglichkeit, die Gruppe vor der Unterbringung anzuschauen
- Zeitnahe Informationen über das Kind (z.B. bei Krankheit o.ä.), ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch über das Kind mit den Fachkräften sowie Hilfe zum eigenen Umgang mit dem Kind
- Eine Vertrauensbasis zu den Fachkräften in der Wohngruppe, engagierte Mitarbeiter*innen und Leitung
- Regelmäßige Besuche und Telefonate mit dem Kind
- Eine kleine Gruppengröße
- Das Wohlergehen der Kinder im Mittelpunkt
- Elterncafé, Workshops für Eltern

Problematisch sehen Eltern vor allem folgende Aspekte:

- Den Anfang der Unterbringung (mehr Austausch und Unterstützung nötig)
- Die Länge der Aufenthaltsdauer
- Finanzielle Regelungen zur Entlastung von Eltern (z.B. Bettengeld, Übernahme von Fahrtkosten)
- Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt u.a. fehlende regelmäßige HPGs, Terminverschiebungen, Zuständigkeitswechsel etc.
- Fehlendes kontinuierliches Personal, Unterbesetzung wegen Krankheit in den Wohngruppen

Die Gruppe der Fachkräfte beschäftigt sich mit den Fragen:

1. Was war im Rahmen der Unterbringung von Kindern mit Eltern hilfreich? (grüne Karten)
2. Was war problematisch? Was muss sich ändern? (gelbe Karten)

Plakat 2: Ergebnis der Kartenabfrage der Eltern

Hilfreich bewerteten die Fachkräfte vor allem folgende Aspekte:

- Offenheit von Fachkräften gegenüber Eltern, Wertschätzung von Eltern, positive Haltung gegenüber Eltern
- Ein Kennenlernen vor der Unterbringung, Klärung von Erwartungen und Wünschen, gute Vorbereitung der Aufnahme mit dem Jugendamt
- Regelmäßiger Austausch mit Eltern, vertrauensvolle Zusammenarbeit, Beteiligung von Eltern, Einbeziehen von Eltern als Expert*innen für ihre Kinder, „Smalltalk“, Tagesbesuche, Übernachtungsmöglichkeiten, gemeinsame Feiern
- Konzeptionelle Verankerung der Arbeit mit Eltern
- Qualifikation von Fachkräften, Fortbildungen
- Gute personelle Ausstattung, Zeit, finanzielle Ressourcen z.B. für Aktionen mit Eltern
- Diagnostik z.B. durch SPFH im Vorfeld

Problematisch sehen die Fachkräfte folgende Aspekte:

- Konkurrenz von Fachkräften und Eltern
- Haltung von Fachkräften, die z.B. Eltern nicht wertschätzen
- Fehlende Transparenz z.B. von Aufträgen und Zielen der Hilfe
- zu wenig Personal- und Zeitressourcen
- fehlende finanzielle Ressourcen für Aktionen mit Eltern
- geringer Stellenwert von Elternarbeit (v.a. im Vergleich zur Arbeit mit den Kindern)

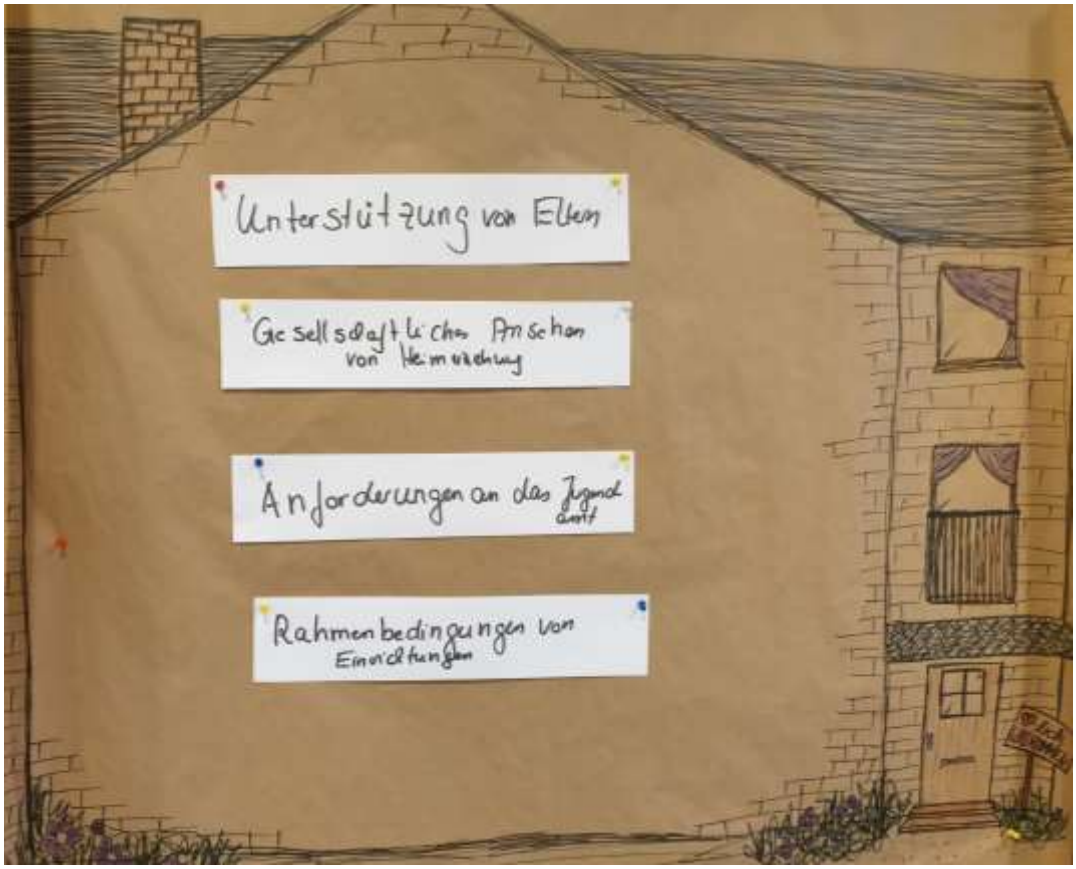
Die Themen der Fachkräfte und Eltern werden sortiert und zu folgenden Themen zusammengefasst und in der folgenden Reihenfolge sortiert:

1. Unterstützung von Eltern
2. Gesellschaftliches Ansehen der Heimerziehung
3. Anforderungen an das Jugendamt
4. Rahmenbedingungen von Einrichtungen
5. Anforderung an Fachkräften
6. Beteiligung von Eltern
7. Haltung von Fachkräften

Top 5: Entwicklungsphase
Wie sollte sich Heimerziehung entwickelt, damit sie gelingen kann?!

Mit Hilfe der Methode des Worldcafés wird auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse an Vorschlägen und Forderungen zur Weiterentwicklung der Heimerziehung gearbeitet. Die Teilnehmenden wählen dazu vier Themen des Vortags aus und diskutieren sie in den Tischgruppen in Bezug auf folgende Fragestellungen: Was sind unsere Forderungen in Bezug auf das genannte Thema? Was brauchen wir um diese Forderung umzusetzen?

Plakat 3: Themen zur Ausschreibung einer neuen Heimerziehung



Aus Ergebnissen der Tischgruppen werden folgende Forderungen zusammengefasst:

1. *Zum Thema:* Unterstützung *von Eltern*
   Wir fordern …

Personal und Ressourcen für die Unterstützung von Eltern
in Bezug auf Erziehungsfragen und Alltagsfragen muss diese Unterstützung an dem Ort geleistet werden, an dem das Kind lebt (Hilfen aus einer Hand);
(hierzu ist zusätzliches Personal in den Einrichtungen erforderlich)

Finanzielle Unterstützung von Eltern
z.B. zur Erstattung von Fahrtkosten zur Einrichtung, zur Unterstützung von Eltern bei Beurlaubung von Kindern nach Hause
(hierzu müssen u.a. Informationen bereitgestellt werden, die Eltern helfen, die Mittel zu beantragen; neue Formen der Finanzierung gefunden und Zuständigkeiten unterschiedlicher Behörden klarer geregt werden)

Entscheidungsprozesse zu qualifizieren
z.B. indem Entscheidungsprozess konsequenter vorangetrieben werden; verschiedene Angebote zur Auswahl stehen (und Eltern tatsächlich auswählen können); Eltern bei Entscheidungsprozessen intensiver begleitet werden; auf mehr Transparenz (insbesondere bei Inobhutnahmen) geachtet wird

Wohnortnahe Unterbringung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen
z.B. um persönlichen Kontakt von Eltern und Kindern zu ermöglichen (telefonieren reicht nicht), um am Alltag der Kinder teilnehmen zu können

Gute Vorbereitung der Anfangszeit und der Verabschiedung sicher zu stellen
z.B. durch Informationen, Gespräche, Aufklärung über Rechte, Sicherstellung der Umsetzung des Wunsch- und Wahlrechts

Möglichkeiten für Eltern den Wohngruppenalltag zu begleiten
z.B. durch die Teilnahme am Alltag der Gruppe, durch Übernachtungsmöglichkeiten in der Gruppe; durch die Übernahme von Aufgaben mit dem Kind (Arztbesuch, Schultermine)

Unterstützung bei Schulangelegenheiten zu verbessern
z.B. durch eine konzeptionelle Verankerung der Zusammenarbeit mit Schule; durch mehr Zeitressourcen der Fachkräfte der Wohngruppe

Unterstützung bei der Gründung und der Begleitung von Selbsthilfeorganisation von Eltern für Eltern bereitzustellen
z.B. um Anlaufstellen zu schaffen, an die sich Eltern mit ihren „Themen“ wenden können

Beschwerdeverfahren für Eltern (externe und interne Stellen) auf- bzw. auszubauen
z.B. unterstützt durch einen Sprecherrat in Einrichtung; durch die Erarbeitung von Rechtekataloge für Eltern
(es wird die Notwendigkeit der kontinuierlichen Begleitung dieser Gremien gesehen und gefordert)

2. *Zum Thema: Gesellschaftliches Ansehen von Heimerziehung*
   Wir fordern…

Sozialraumorientierte Aufklärung
z.B. durch Seminare und Projekte in Schulen, wie sie es bereits zu den Themen „Mobbing“ und „Drogen“ gibt sowie Nachbarschaftsarbeit zur Aufklärung des Umfeldes

Positive Medienpräsenz
z.B. positive Erfahrung mit Heimerziehung in den Medien (u.a. Talkshows, Reportagen, Radiosendungen) publik machen, Internetauftritte und Sozialmedia-Plattformen aktualisieren, Heimerziehung durch einen Hashtag (wie #meetoo) bekannt machen und eine positive Stimme verleihen

Vernetzung von Eltern untereinander
z.B. durch Seminarangebot wie die Beteiligungswerkstatt, andere regelmäßige Veranstaltungen wie Elternabendessen intern für Wohngruppen

Lobbyarbeit für und mit Eltern
z.B. durch die Weiterführung der Gruppe der Beteiligungswerkstatt und Erweiterung dieser durch weitere Eltern und Fachkräfte, um die Eltern zu stärken und auch in der Politik gehört zu werden (wie bei Care Leavern), Unterstützung der Lobbyarbeit durch Vereine und Verbände

Kostenunterstützung (für sozialräumliche Projekte + für Elternprojekte)
z.B. durch staatliche Unterstützung, aber auch Kosteneinsparung durch Nutzung der Fähigkeiten und Ressourcen von Eltern (handwerkliche Begabungen oder kreatives Geschick der Eltern nutzen, damit sie Teil der Wohngruppe werden)

Öffnung von Einrichtungen
z.B. durch einen regelmäßigen „Tag der offenen Tür" und explizierte Einladung dazu an zukünftige Fachkräfte und andere Personengruppen (z.B. Schulklassen) sowie Übernachtungsangebote für Freunde und Angehörige

Offene Kommunikation über das Thema Heimerziehung
Häufig wird über die Heimerziehung eher stigmatisierend auch in Verbindung mit dem Jugendamt diskutiert. Über Heimerziehung sollte als Chance und nicht als Strafe gesprochen werden.

3. *Zum Thema: Rahmenbedingungen von Einrichtungen*
   Wir fordern …

Personalschlüssel der Wohngruppen zu sichern bzw. zu erhöhen
z.B. um bei Personalengpässen die pädagogischen Standards halten zu können (bspw. Fahrten zu Therapien); die Konzepte tatsächlich umzusetzen; exklusive Zeiten der Kinder und Jugendlichen mit den Betreuer*innen, um individuelle Förderung zu ermöglichen

(dazu braucht es die finanziellen Mittel, unabhängig davon wie „reich" oder „arm" die zuständige Stadt/Kommune ist; ausreichend und qualifiziertes Personal; Überlegungen, welche Aufgaben ausgelagert werden können, z.B. Terminabsprachen, Kassenverwaltung, „Verschlankung" der Dokumentation)

Wohngruppen mit wenigen Plätzen
z.B. damit sich Kinder in den Gruppen wohlfühlen sowie gut orientieren können; das Kind soll nicht eines von vielen sein, sondern individuell gesehen werden, familienähnliche Wohnformen (wie eine große Familie)

Auslastungsdruck der Einrichtungen zu reduzieren (Rahmenvertrag)
um Überbelegungen und Überlastung zu verhindern und fachliche fundiert Entscheidungen bei der Aufnahme zu treffen

Gemeinsame Zeiten mit Eltern, Kindern/Jugendlichen und Fachkräften
z.B. gegenseitiges Kennenlernen der Eltern und Fachkräfte in einem Rahmen außerhalb des Alltags oder in gemeinsamen Ferienfreizeiten; insbesondere das pädagogische Handeln zu ermöglichen; gemeinsame Lernräume und Übungsfelder schaffen, in denen voneinander gelernt werden kann; Übernachtungsmöglichkeiten für Eltern schaffen

Familien „systemisch" zu begleiten
damit die gemeinsame Aufarbeitung des „kritischen Lebensereignisses" Heimerziehung gelingt, sollen Verständnis und Bedarfe aller Familienmitglieder gesehen werden, Kinder brauchen das „Ok"

von Eltern, um sich gut in einer Wohngruppe zu entwickeln (keine Konkurrenz), sich (selbst & gemeinsam) besser zu verstehen
(hierzu sollte die systemische Sichtweise integraler Bestandteil der Ausbildung sein, systemische Berater*innen / Familientherapeut*innen eingesetzt werden)

Einrichtungen regelmäßig zu überprüfen
damit mehr „Sicherheit" für Eltern besteht, dass die Rahmenbedingungen und Vorschriften eingehalten werden

Ausbildungsinhalte zu qualifizieren
der Einsatz von Erzieher*innen/Sozialarbeiter*innen in dem Arbeitsfeld Heimerziehung verlangt Wissen und Methoden, die bisher unzureichend gelehrt werden, im Studium sollte das Anerkennungsjahr wieder verpflichtend sein

Eine **„gute"** Ausstattung der Wohngruppen zu erhalten bzw. zu verbessern
z.B. Einzelzimmer für Kinder und Jugendliche, die einen sicheren Rückzugsort für sich benötigen

4. *Zum Thema: Anforderungen an das Jugendamt*
   Wir fordern …

Wohnortnahe Unterbringung von Kindern und Jugendlichen
z.B. damit die Kinder den Bezug zu ihren bekannten Lebensräumen nicht verlieren und damit der Kontakt zu den Eltern weiterhin ohne weite Strecken möglich ist

Sensibilisierung der Jugendamtsmitarbeiter*innen für Machtasymmetrien
z.B. um Diskriminierung vermeiden zu können und Bedürfnisse von Eltern besser wahrnehmen zu können; auch Machtgefälle gegenüber Einrichtungen, die finanziell vom Jugendamt abhängig sind, sollten reflektiert werden
(hierfür braucht es z.B. Fortbildungen für die Mitarbeiter*innen des Jugendamtes und den Einbezug der Perspektive von Eltern)

Den Blick auf die ganze Familie zu richten und nicht nur das einzelne Kind
z.B. können Geschwisterkinder und auch die Eltern dann aus dem Blick geraten, vor diesem Hintergrund sollte es auch mehr Möglichkeiten zur gemeinsamen Unterbringung von ganzen Familien und mehr integrierte Angebote geben

Verbesserung der Erreichbarkeit des Jugendamtes
z.B. zum Informationsaustausch vor und zu Beginn der Hilfe und in Krisensituationen und zur Abstimmung von Terminen (besonders für HPGs)

„Gute" Hilfeplangespräche für Kinder und Eltern
damit flexible Bedingungen für Hilfeplangespräche geschaffen werden, die es Kindern und Eltern ermöglichen ihre Ziele und Wünsche zu formulieren z.B. dadurch, dass HPGs in den Wohngruppen, Wohnungen oder anderen Bezugsorten der Kinder und Eltern stattfinden oder Uhrzeiten gewählt werden, die an die Bedürfnisse der Eltern und Kinder angepasst sind

...dass die Jugendamtsmitarbeiter*innen die Kinder und die Einrichtungen kennenlernen (auch außerhalb von Hilfeplangesprächen)

z.B. damit sie die Mitarbeiter*innen die Wohngruppen kennen, in die sie Kinder unterbringen und damit sie die Kinder in anderen Situationen als im HPG kennenlernen können und dadurch ein ganzheitliches Bild von den Kindern haben

...dass das Jugendamt sich sehr genau über die Situation in einer Familie informiert

z.B. dadurch, dass Sichtweisen der Eltern konsequenter einbezogen werden und nicht nur auf Grundlage der Akten entschieden wird

Unabhängige Beschwerdestellen für Eltern

damit es neutrale Personen gibt, an die man sich bei Einschüchterungen und Diskriminierung durch Jugendamtsmitarbeiter*innen wenden kann

Transparenz, Information und Aufklärung der Eltern durch das Jugendamt von Anfang an

z.B. Erklärung des Jugendhilfesystems vor oder zu Beginn der Hilfe und Aufklärung über Rechte und Pflichten von Eltern (z.B. Wunsch- und Wahlrecht, Kostenbeitragspflicht); Information über die Wohngruppen und Einrichtungen, die es gibt

(hierzu müssten z.B. Schulung von Mitarbeiter*innen mit Hilfe von Elternperspektiven (welche Informationen brauchen Eltern?) durchgeführt werden; ein Einrichtungskatalog, in dem alle Einrichtungen/Wohngruppen und deren Angebot aufgelistet sind, könnte Eltern helfen)

Verringerung der Fallführungsquoten im Jugendamt

damit die Mitarbeiter*innen im Jugendamt mehr Zeit und Ressourcen haben, um Eltern die notwendigen Informationen zu erklären und regelmäßige Hilfeplangespräche durchführen können

Vermeidung von Zuständigkeitswechseln

damit Informationen nicht verloren gehen und Entwicklungen langfristig begleitet werden können (hierfür wäre es notwendig, dass besonders bei längerfristigen Maßnahmen die Zuständigkeit trotz Wohnortwechsel o.ä. bei der gleichen Person bleiben kann)

Die Teilnehmer*innen halten bilanzierende vier Forderungen fest, die sie als besonders zentral einschätzen. Aufgrund der Vielzahl der Ergebnisse und Forderungen soll aber die Gesamtliste an das Projekt weitergegeben werden und keine Einschränkung auf die Auswahl stattfinden:

3. Finanzierungmöglichkeiten für Aktionen, Freizeitangebote und Aktionen für Eltern in der Heimerziehung
4. Eine Medienpräsenz des Arbeitsfeldes Heimerziehung, die dazu beiträgt, Stigmatisierungen und Vorurteile gegenüber Eltern abzubauen
5. Lobbyarbeit für und mit Eltern in der Heimerziehung, z.B. auch durch Unterstützung einer Selbsthilfeorganisation
6. Strukturelle Veränderung im Bereich der Heimerziehung (z.B. kleine Gruppen/höhere Stellenschlüssel etc.)

Auswertung

Die Teilnehmenden wünschen sich, dass ein erneutes Treffen der gesamten Gruppe im nächsten Jahr stattfindet. Das Organisationsteam schlägt vor, dass die Teilnehmer*innen zur Abschlusstagung des Projekts eingeladen werden und so ein Treffen der Gruppe stattfinden kann. Es wird vereinbart, dass Einzelheiten mit der IGfH geklärt und die Teilnehmer*innen Informationen zur Abschlussfachtagung erhalten, sobald diese vorliegen.

Für das Protokoll
Dortmund, 20.11.2019
Nicole Knuth, Nina Paulus, Martin Gies, Tabea Möller